Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł, vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 285. Bromberg, Dienstag den 13. Dezember 1932. 56. Jahrg.

Deutschlands Gleichberechtigung in Genf anerkannt!

Die Deutschen beteiligen sich wieder an der Abrüstungs-Konferenz.

Genf, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) **In der letzten Nacht hat die Fünf-Mächte-Konferenz in Genf die neue Formel über die Gleichberechtigung angenommen, die in Gestalt eines Abkommens zwischen den fünf Mächten beschlossen wurde und dem die beteiligten Regierungen ihr Zugeständnis gaben. Es besteht aus vier Punkten und sieht die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands und der anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten als eines der Grundsätze für die Konferenzarbeiten vor, sowie die Richtlinien Deutschlands zur Abrüstungskonferenz, eine gemeinsame Erklärung, Streitigkeiten nicht mit Gewalt zu lösen und in der Konferenz darauf hinzuwirken, daß ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine**

wesentliche Herabsetzung der Rüstungen

vorsieht. Während Deutschland damit die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung gelungen ist, hat Frankreich seine Verkoppelung der Gleichberechtigung mit der Sicherheit erzielt. Es ist vereinbart worden, daß zwischen den fünf Großmächten über etwaige Schwierigkeiten fortlaufend verhandelt werden soll. Von deutscher Seite wird dazu erklärt, daß nach der rein grundsätzlichen Anerkennung der Gleichberechtigung jetzt die Schwierigkeiten um die praktische Durchführung beginnen würden. Freilich bleibe es Deutschland jederzeit frei, darüber zu verhandeln, aber auch die Konferenz im Falle neuer Widerstände wiederum zu verlassen.

Der Wortlaut des Abkommens.

Das Abkommen, das gestern mittag in der Fünf-Mächte-Besprechung der Minister Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten und Deutschlands unter dem Vorsitz des englischen Ministerpräsidenten Macdonald abgeschlossen wurde, und durch das die Rückkehr der Deutschen Regierung in die Abrüstungskonferenz sichergestellt ist, hat in der amtlichen deutschen Übersetzung des englischen Originaltextes folgenden Wortlaut:

> 1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, **Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem Abkommen, das allen Nationen Sicherheit bietet,** und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird.

> 2. **Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.**
>
> 3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, **daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen.** Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.
>
> 4. Die fünf Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das **eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt** und gleichzeitig eine **künftige Revision zum Zweck der weiteren Herabsetzung vorsieht.**

•

Die Aufnahme in Deutschland.

Während Reichsminister a. D. Freiherr von Rheinbaben gestern in einer Rundfunkrede die Einigung als einen beachtlichen Anfangserfolg bezeichnete, werden die Genfer Entscheidungen in der Berliner Presse geteilt aufgenommen. Man erkennt den Anfangserfolg zwar an, kritisiert aber einzelne Bestimmungen und fordert nunmehr den Vorschlag zur praktischen Lösung der Wehrfrage.

München, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Genfer Einigung schreibt der **„Völkische Beobachter“** unter der Überschrift **„Jetzt beginnt erst der Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung“** u. a.:

Bei einer flüchtigen Kritik müsse festgestellt werden, daß **Freiherr von Neurath** die uneingeschränkte Gleichberechtigung Deutschlands nicht erreicht habe. Die verklausulierte Erklärung, die zwar die theoretische Anerkennung der deutschen Forderungen enthält, die aber noch von den übrigen Konferenzstaaten anerkannt werden müsse, sei nicht das- was man erwartet habe. Schon die nächste Beratung auf der Abrüstungskonferenz werde zeigen müssen, ob es Neurath gelingt, diese Anerkennung in dem tatsächlichen Beratungsergebnis durchzusetzen und die zu erwartenden französischen Ablenkungsmanöver zu durchkreuzen. Der zweideutige Wortlaut des Entschlusses gebe jedenfalls den französischen Auslegungskünsten volle Auswirkungsmöglichkeit und verpflichte die deutschen Vertreter zu höchster Bereitschaft.

Nur in einem wird dem Verhalten Neurats zugestimmt, daß er auch für das entwaffnete Österreich, Ungarn und Bulgarien gehandelt habe.

Der Reichsaußenminister

wird schon heute nachmittag in Berlin erwartet. Er wird sofort dem Reichspräsidenten über die letzten Genfer Vorgänge Bericht erstatten. In einer Kabinettssitzung sollen dann noch einmal die ganzen letzten Etappen der Abrüstungsverhandlungen durchgesprochen und die deutsche Taktik in dem nächsten Stadium der Abrüstungskonferenz festgelegt werden.

Befriedigung in Paris.

Paris, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Genfer Einigung wird von den Pariser Morgenblättern fast einstimmig begrüßt und als ein Erfolg der Bemühungen Paul-Boncours und Macdonalds bezeichnet. Trotz des außerordentlich nichtssagenden Anscheines der Fünfer-Erklärung ,so betont der **„Petit Parisien“**, habe sie den Wert, **daß Frankreich die Wiederbeteiligung Deutschlands an den Abrüstungsbesprechungen erreicht habe, ohne auf irgendeinem Gebiete lebenswichtige Interessen aufgegeben zu haben.**

Wenn man sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigt, die im Art. 213 des Versailler Vertrages (Kontrolle) entgegenstünden, so werde man den ganzen Wert ermessen, den die Schaffung eines internationalen Kontrollsystems habe, das nunmehr in greifbare Nähe gerückt sei. Art. 5 des Versailler Vertrages werde zwar durch ein neues Abrüstungsabkommen ersetzt werden, aber dieses Abkommen werde durch eine Reihe von Sicherheitsbedingungen ausgeglichen und stelle kein Zugeständnis dar.

Das „Journal“ unterstreicht ebenfalls das **Ende des Art. 5 des Versailler Vertrages,** betont aber gleichzeitig, daß die ganze Frage der Gleichberechtigung von neuem aufgerollt werde, wenn Frankreich nicht die Sicherheitsbedingungen erreiche, die es verlange. Dieser Vorbehalt komme im Wortlaut der Fünfer-Erklärung klar zum Ausdruck. Das **„Petit Journal“** hofft, **daß die Reichsregierung jetzt auf ihren Plan der Aufrüstung verzichten werde** und daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz recht bald zur Schaffung eines internationalen und ständigen Kontrollsystems führen werde. Das **„Oeuvre“** sieht in der Tatsache, daß man sowohl von deutscher als auch von französischer Seite von einem Erfolge spreche, den besten Beweis dafür, daß die Verhandlungen einen für beide Teile günstigen Verlauf genommen hätte und zu allen Hoffnungen berechtige.

Pertinax bedauert im **„Echo de Paris“**, daß die Sicherheit, die ursprünglich durch die Gleichberechtigung ersetzt werde und zum Endziel der Konferenz geworden sei.

•

Ein Weihnachtsgeschenk für London.

London, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Londoner Presse bezeichnet die Genfer Lösung als einen Erfolg Macdonalds und sagt, die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz sei das schönste Weihnachtsgeschenk.

Der Inhalt der polnischen Note an Amerika.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Inhalt der zweiten Note der Polnischen Regierung an die Vereinigten Staaten in Sachen des Zahlungsaufschubs für die diesjährige Dezember-Rate der Kriegsschuld ist am Freitag, dem 9. d. M., durch den polnischen Botschafter in Washington, Filipowicz, im Foreign Office überreicht worden.

Nach der Polnischen Telegraphen-Agentur schlägt die Polnische Regierung in der zweiten Note kein Moratorium vor, sie bestreitet auch nicht ihre durch unterzeichnete und ratifizierte Abmachungen eingegangenen Verpflichtungen. Sie bittet nur nochmals um einen Aufschub der Zahlung und liefert dafür eine Begründung, welche mit aller Vorsicht der amerikanischen Mentalität Rechnung trägt.

Vor allem wird auf die Entstehung der polnischen Schuld an Amerika eingegangen. Im Jahre 1919 hatte ein besonderer Delegierter der Polnischen Regierung in den Vereinigten Staaten Mehl, Fette, Getreide, altes Militärmaterial und dergleichen für 159 Millionen Dollar eingekauft. Diese Schuld ist im Laufe der Jahre 1919—1932 bis auf **200 Millionen Dollar** angewachsen. **Die Zinsen** von dieser Schuld betragen **über 40 Millionen Dollar.** Polen habe indes keinen Grund, den Vereinigten Staaten für die ihm in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit erwiesenen Dienste weniger dankbar zu sein. Die schweren Bedingungen und die hohe Verzinsung der Kriegsschuld seien keineswegs etwa durch den bösen Willen der Vereinigten Staaten verursacht. Im Gegenteil: man habe in den Vereinigten Staaten die Vorstellung gehegt, daß die wirtschaftliche Entwicklung Europas nach dem Kriege ebenso rasch fortschreiten werde, wie sich der wirtschaftliche Aufschwung der Vereinigten Staaten während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren vollzog.

Polen war einer der ersten Staaten, der einen Schuldenvertrag abschloß. Die nachfolgenden Verträge der Vereinigten Staaten mit reicheren und größeren Staaten waren leichter tragbar. Die Staaten also, welche früher Verträge abgeschlossen hatten, waren Opfer des amerikanischen Optimismus, dem schließlich die Vereinigten Staaten selbst zum Opfer fielen. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von der Zahlungsfähigkeit Europas spricht, so müsse man im Auge behalten, daß „Zahlungsfähigkeit“ in der amerikanischen Bedeutung dieses Wortes nicht nur die Aufrechterhaltung des Standards, sondern auch dessen beständiges Wachstum heißt. Es könne also von einer Zahlungsfähigkeit nicht die Rede sein, wenn die Polnische Regierung seit mehr als einem Jahre **so schwierige Operationen** ausführt, wie **die Budgetersparnisse, wie die Herabsetzung der Gehälter der Staatsbeamten** und dies alles **in der Periode der Arbeitslosigkeit.**

Die Konjunktur — so wird weiter in der Note ausgeführt — hat eine andere Richtung eingeschlagen, als sie im **Augenblick der Unterzeichnung des Abkommens** über die Zahlung der Kriegsschuld vorausgesehen wurde. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten verringern sich immer mehr. Um die Verpflichtungen zu honorieren, wird ein System von Einschränkungen beobachtet; dies müßten die Vereinigten Staaten in Betracht ziehen.

Ein weiterer Grund, der den Standpunkt Polens rechtfertigt, ist **die Lage des internationalen Handels.** Auswärtige Schulden kann man nur dann bezahlen, wenn man einen Exportüberschuß hat. Alle Staaten haben die Tendenz, ihre Handelsbilanzen durch maximale Einschränkung des Imports auf Null auszugleichen. **Bei wem sollen also die Schuldnerstaaten nach Geld suchen?** Unter diesem Gesichtspunkt müsse die Höhe der Zahlbarkeit betrachtet werden. Schließlich kann doch nur im äußersten Falle von einer Deckung der Verpflichtungen aus der Kriegszeit die Rede sein, **und auch nur in einer Höhe, die den Kräften des Schuldners entspricht.**

Es ist schwer zu zahlen, wenn kein Geld vorhanden ist. **Es geht nicht an, den letzten Groschen herzugeben, denn was soll geschehen, wenn Erschütterungen eintreten werden? Könnte Polen z. B. sich den Folgen eines neuerlichen Sturzes der deutschen Mark entziehen, wenn dieser Sturz eintreten sollte und wenn dann die Staatskasse leer wäre?** Kann die Regierung der Vereinigten Staaten garantieren, daß es dann keine Verwicklungen in der internationalen wirtschaftlichen Situation geben würde?

Die Polnische Regierung ist seit der Zeit der Weltkrise, seit 1928/29, da der Zufluß fremder Kapitalien aufhörte, ihren internationalen Verpflichtungen regelmäßig nachgekommen. Die polnische Handelsbilanz ist dank **unerhörter Einschränkung des Imports** aktiv. **Indem Polen** weniger als in den früheren Jahren und zu niedrigeren Preisen als früher exportiert, **vermindert es den inneren Verbrauch bis auf ein Minimum.** Das ist keine günstige Erscheinung und sollte von den Vereinigten Staaten in Erwägung gezogen werden.

In Anbetracht dessen wird Polen **lediglich den Dienst seiner Handelsschulden und der Obligationen regeln können.** Und zwar aus dem Grunde, **weil die Handels- und Obligationsschulden sich gewissermaßen selbst abzahlen.** Das Kapital, das von außen gekommen ist, rentiert sich, zahlt sich also ab, während die Kriegsschuld lediglich Verluste aufweist. Das im Lande verbliebene Äquivalent der Kriegsschuld und auf der einen Seite das verbrauchte, zerstörte Kriegsmaterial, andererseits sind es konsumierte Lebensmittel. Hier müsse das Dankbarkeitsgefühl für die empfangene Hilfe von der materiellen Schuld unterschieden werden. **Die Dankesschuld könne fortbestehen, die materielle Schuld aber müsse reduziert werden.**

Da der Grundsatz der Aussprache in dieser Angelegenheit von den Vereinigten Staaten akzeptiert wurde, begründet die Polnische Regierung die Notwendigkeit des

Aufschubs der Zahlung der Dezemberrate mit den erwähnten von Polen unabhängigen, sich aus der Weltlage ergebenden Umständen. Es ist außerdem schwer anzunehmen, daß die Polnische Regierung imstande sein dürfte, die Dezemberrate zu bezahlen.

*

Polen verzichtet auf Druckmittel.

Von maßgebender Seite wird erklärt, daß die Polnische Regierung ungeachtet verschiedener Stimmen, welche die Anwendung von Druckmitteln anraten, um die Vereinigten Staaten zur Nachgiebigkeit zu zwingen, entschlossen sei, **weder die Zölle auf die aus den Vereinigten Staaten bezogenen Rohstoffe zu erhöhen, noch den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten unratifiziert zu lassen.** Hier ist zu bemerken, daß Polen aus den Vereinigten Staaten hauptsächlich **Baumwolle** bezieht. Im Falle einer eventuellen Spannung der polnisch-amerikanischen Handelsbeziehungen könnte Polen Baumwolle aus Britisch-Indien, aus der Sowjetunion, aus Ägypten oder Brasilien beziehen. Die Polnische Regierung sieht jedoch von der Möglichkeit der Beschreitung dieses ihr übrigens nicht ungefährlich erscheinenden Weges ab und läßt es nur bei der Andeutung dieser Möglichkeit für den schlimmsten Fall bewenden. Im Gegenteil wird jetzt bekanntgegeben, **daß das Außenministerium auf die Beschleunigung der Ratifizierung des Handelsvertrages zwischen Polen und den Vereinigten Staaten** drängt. Die Ratifizierung dürfte noch in diesem Monat erfolgen.

Für Streichung

deutscher Amerika-Zahlungen

„United Preß" meldet aus Washington:

Während in Kreisen des Bundesparlaments allgemein erklärt wird, daß die am 15. Dezember fälligen Raten der Kriegsschulden der Alliierten zu zahlen seien, betonte der demokratische Abgeordnete Croß aus Texas im Repräsentantenhause, **daß er für die Streichung aller Verpflichtungen einträte, die Deutschland den Vereinigten Staaten gegenüber aus dem Weltkriege erwachsen seien. Jedoch wende er sich gegen jeden Abbau der Kriegsschulden der alliierten Länder.** Die Verpflichtungen Deutschlands seien hauptsächlich aus dem Aufenthalt der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland entstanden. „Dieses lag", so führte Croß weiter aus, „natürlich nicht im Interesse Deutschlands. Das Geld, das Deutschland uns schuldet, haben wir diesem Lande nicht, wie den Alliierten, geliehen und die Wiedervergütung stellt keinen Akt der Gerechtigkeit dar, wie bei den übrigen Ländern.

Washington verlangt bedingungslose Zahlung

von den Engländern . . .

Washington, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Konferenz mit Mills beantwortete Staatssekretär Stimson die letzte englische Schuldennote dahingehend, daß die Amerikanische Regierung die Entgegennahme der Dezember-Zahlung von keinerlei Bedingungen abhängig machen könne. Der Präsident habe keine Macht, Vertragsbedingungen ohne Einwilligung des Kongresses zu ändern. Die Amerikanische Regierung nehme an, daß die Englische Regierung die Dezember-Zahlung in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Schuldenabkommens leisten werde. Sie betrachte die in der englischen Note angegebenen „Bedingungen" lediglich als Darlegung der englischen Ansichten und der später von britischer Seite beabsichtigten Schritte.

. . . und von den Franzosen.

Paris, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Französische Regierung hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Zahlungsverpflichtung am 15. Dezember **nur unter bestimmten Bedingungen** nachzukommen.

Washington, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Hohe Beamte des Staatsdepartements erklärten, **daß die Amerikanische Regierung die am 15. Dezember fällige französische Schuldenrate nicht annehmen werde, falls Frankreich bestimmte Bedingungen an die Zahlung knüpfe.** Wenn die Schuldnerländer die Dezemberzahlungen leisteten, so geschehe dies auf ihre eigene Verantwortung mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß irgend welche Bedingungen von der Amerikanischen Regierung abgelehnt seien.

*

Vor Anerkennung der Sowjets durch Amerika?

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte der Vorsitzende der Außenkommission, Senator Borah, daß der nächste amerikanische Kongreß der offiziellen diplomatischen Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika zustimmen werde.

Frankreich beweist seine Armut.

Wenn man jetzt die internationale Debatte um die Schuldenzahlungen an Amerika verfolgt, kann man besonders bei den Franzosen feststellen, wie viel sie doch von jener Beweisführung begriffen haben, der sie sich, solange sie Deutschland gegen die Kriegskontributionen führte, hartnäckig verschlossen haben, bis Europa in den Zustand versank, in dem es nun schon über ein Jahr verharrt. Wenn Frankreich jetzt mit derselben Begründung wie Deutschland seine Armut zu beweisen sucht, so vergißt es nur, daß es noch vor nicht sehr langer Zeit die Goldkeller der ganzen Welt zu seinen Gunsten leerte. Wenn die Argumentation gegen die amerikanische Gläubigerhartnäckigkeit wirklich so lautet, wie sie jetzt in der Pariser Presse zu lesen ist, wenn die französische Note, die eben vom Ministerrat an der Hand einer ähnlichen englischen Note redigiert wird, wirklich so naiv ist, von einer materiellen Zahlungsunmöglichkeit zu reden, dann ist das ein bedenkliches Zeichen einer Abschließung von der Welt, von Unverständnis für die Not der großen Industriestaaten. Sowohl Amerika, wie England, wie Deutschland sind seit fast zwei Jahren der vollen Wucht der Krise ausgesetzt gewesen. Die Not zwang sie die bittersten Folgen für die Lebenshaltung ihrer Massen zu ziehen. **Frankreich hatte in jener Zeit noch immer eine große Reserve aufzuzehren,** die vielleicht auch heute noch ausreichte, alle Verpflichtungen nach innen und außen zu decken, wenn Tardieu sie nicht in wahnwitzigen Befestigungsbauten an der deutschen und italienischen Grenze verbaut hätte. Erst in diesem Sommer wagte sich Herriot schüchtern an die ersten Gehaltskürzungen heran, ließ aber immer noch den größten Teil des Haushaltsdefizits durch billige Kunststücke auf dem Papier verschwinden. Frankreich hat noch nicht einen Bruchteil von den Wirkungen der Krise gespürt. Hätte es das, so hätte es sich vermutlich einsichtsvoller bei der Behandlung der deutschen Lage gezeigt und hätte nicht alle Sanierungspläne sabotiert.

Nicht weniger interessant ist der Hinweis auf die moralische Zahlungsunfähigkeit, welchen die französische Note enthalten soll. Frankreich behauptet nämlich, es könne nicht zahlen, weil es sonst die Staaten des europäischen Südosten, die es bisher oben gehalten habe, nicht mehr unterstützen könne; diese Staaten würden sonst, meint man, zusammenbrechen. Hier versagen einem glatt die Worte. Es ist festzustellen, daß Frankreich schon seit längerer Zeit keine Subventionen mehr gibt; im Gegenteil: man beutet diese Staaten auf das Schamloseste aus. Nicht weniger als die Hälfte des rumänischen Haushalts besteht aus Zins- und Ratenzahlungen an Frankreich!! Österreich hat man unter den drückendsten politischen Bedingungen künstlich galvanisiert, nur damit es seinen äußeren Schuldendienst nicht einstellt. Und wozu das alles? Um Frankreichs Vasallenheere schlagkräftig zu erhalten!

Marschall Pilsudski in Thorn.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 12. Dezember. Marschall Piłsudski ist am 9. d. M. 12.25 Uhr nachts mit einem Sonderzuge nach Thorn abgereist. Dem Marschall gaben auf dem Bahnhof das Abschiedsgeleite: der Ministerpräsident Prystor, der Verkehrsminister Butkiewicz, der Vizeminister im Kriegsministerium General Sławoj-Składkowski, der Generalstabschef General Gąsiorowski, der Warschauer Wojewode Jaroszewicz, sowie eine Reihe anderer Persönlichkeiten.

Am Sonnabend morgen ist der Marschall in Thorn angekommen, wo er auf dem Bahnhof in seinem Salonwagen wohnt. Der Marschall, der sich incognito in Thorn aufhält, hat sich in das Korpskommando 8 begeben, wo er mit den höheren Offizieren **Kriegsspiele** abhält. Für die Dauer des Thorner Aufenthalts des Marschalls sind — wie mitgeteglt wird — zwei Tage festgesetzt.

Die Tatsache, daß Marschall Piłsudski zum ersten Male Kriegsspiele auf dem eheml. preußischen Teilgebiet und zwar in Pommerellen abhält, macht auf die hiesigen politischen Kreise sichtlichen Eindruck. Bezeichnend ist das Verhalten der nationaldemokratischen Presse. Sie nimmt vom Thorner Aufenthalt des Marschalls gar keine Notiz. Sein Besuch scheint ihr nicht in den Kram zu passen. Und doch sollte sie sich über den Zweck dieser Pommerellen-Reise nur freuen.

Veränderte Taktik des Regierungsblocks.

Seit dem Beginn der gegenwärtigen Sejmkadenz hat die Regierungsmehrheit immer die Taktik des Niederstimmens aller von der Opposition berührten Fragen verfolgt. Selbst die Referate über Anträge der Opposition wurden in den Sejmkommissionen nicht an den Vertreter der antragstellenden Parteien, sondern in der Regel einem Abgeordneten des Regierungsblocks übertragen. Nun scheint der Regierungsblock diese Methode aufgegeben zu haben; denn in den kürzlich abgehaltenen Sitzungen verschiedener Sejmkommissionen wurden zum ersten Mal die Anträge der Opposition Abgeordneten übertragen, die den antragstellenden Parteien angehören. Dieses Einlenken des Regierungsblocks wird von der Oppositionspresse dahin gedeutet, daß die Sanierung zur **Aufgabe der bisherigen Politik der starken Hand auf parlamentarischem Gebiet** durch die katastrophale Lage, in die sie das Land durch ihre kurzsichtige Politik geführt habe, gezwungen worden sei.

So wurde in der Sitzung der juristischen Kommission das Referat über den Antrag der PPS. auf Aufhebung der Standgerichte dem sozialistischen Abgeordneten Świątkowski übertragen. Über den Antrag des Nationalen Klubs auf Aufhebung des Dekrets über das Oberste Verwaltungsgericht wird der Abg. Nowodworski von demselben Klub und über den Antrag auf Aufhebung der Verordnung über die Versetzbarkeit der Richter der christlich-demokratische Abgeordnete Bittner referieren. In der Finanzkommission erhielt der Abg. Rymar das Referat über Tantiemen und Gehälter für Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder in staatlichen Unternehmungen. Und in der Unterrichtskommission wurde ein Antrag des Jüdischen Klubs in Sachen der Beschränkungen für Juden an den Hochschulen dem jüdischen Abg. Sommerstein übertragen. Lediglich zwei Anträge des nationalen Klubs auf Aufhebung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Dienstpragmatik für Hoch- und Mittelschullehrer, sowie in Sachen der Herabsetzung der Studiengebühren sollen von den Abgg. Czuma und Woźniak vom Regierungsklub referiert werden.

Polen und die deutschen Verkehrsflieger.

Am vergangenen Dienstag sind auf dem Danziger Flugplatz 15 Flugzeuge gelandet, die der sogenannten Verkehrsfliegerschule in Braunschweig angehören und jetzt einen Flug durch Deutschland veranstalten. Die Flugzeuge kamen aus Königsberg und sind gleich am nächsten Tage weiter nach Berlin geflogen.

Die Polnische Telegraphen-Agentur stellt dazu folgende naive Warnungstafel aus:

> „Die Besatzung besteht aus 55 Fliegern unter Führung militärischer (?!) Inspektoren und Sportflieger. Die Leiter der Staffel sind Major (!) Keller, der während des Krieges der Führer einer Bombenstaffel war (!), sowie der bekannte Sportflieger Morzik. Am Mittwoch veranstaltete der Senat im Danziger Hof einen großen Empfang zu Ehren der Flieger, die in den Kasernen (!) der Schutzpolizei (!) untergebracht worden sind."

Die Ausrufungszeichen haben wir in Klammern dazugesetzt, um die Gefährlichkeit dieses Unternehmens auch unsererseits **ins rechte Licht zu setzen. In Deutschland war ein Major Keller Bombenflieger.** Heute gibt es wohl in Polen, nicht aber in Deutschland solche Bombenleger der Lüfte. Grund genug, daß sich die PAT. über die deutsche Vergangenheit aufregt. Diese alberne Pressemeldung ist übrigens auch durch den Warschauer Rundfunk verbreitet worden, um gegen den Besuch der deutschen Verkehrsflieger in Danzig Stimmung zu machen. Man will in dem Flug eine „Bedrohung" des Korridors sehen.

Dazu wird uns aus Danzig geschrieben: Man kann sich kaum eine friedlichere Sache denken, als einen Ausbildungsflug für Verkehrsflieger, deren Tätigkeit späterhin gerade der Verbindung zwischen den Völkern gewidmet ist. **Ungewollt erhält allerdings ein solcher Flug eine politische Note, wenn man in Betracht zieht, daß die 15 Landflugzeuge von Pommern einen großen Bogen über See machen mußten, um nach Ostpreußen zu gelangen, ohne den „Korridor" zu überfliegen, was von polnischer Seite ja nicht gestattet war! Auch auf dem Rückflug von Danzig aus müssen die Flieger zunächst auf See hinaus und bis Leba in Pommern über See außerhalb der polnischen Hoheitsgrenze bleiben.**

Man sieht also, ein höchst überflüssiger Propagandadienst zur Störung des guten Verkehrs zwischen zwei großen Nachbarvölker hat hier unnötigerweise eine Bombe platzen lassen. Die Bombe ist in der eigenen Linie stecken geblieben. Nicht gerade zur Mehrung des Ansehens einer verehrungswürdigen Republik.

Aus anderen Ländern.

Das Urteil gegen die spanischen Generale.

In dem Prozeß gegen die Generale, die sich an dem von Primo de Rivera organisierten Staatsstreich beteiligt hatten, wurde gestern das Urteil gefällt. General Martinez Anido wurde zu 24 Jahren zwangsweiser Ansiedlung auf den Balearen-Inseln und zum Verlust der bürgerlichen und politischen Rechte verurteilt. Das Urteil gegen die übrigen Angeklagten lautete auf zwangsweise Ansiedlung in verschiedenen Ortschaften für die Dauer von 14 Jahren, auf Verlust der bürgerlichen und politischen Rechte sowie auf Verlust des Anspruchs auf Pension.

In China steht's geschrieben:

„Du sollst nur Eine lieben!"

Der chinesische Justizminister hat eine aufsehenerregende Entscheidung getroffen, wonach zweite und dritte Frauen rechtlich nicht mehr anerkannt werden, die Einehe also zur einzig legalen Eheform für China erklärt wird. Frauen, deren Ehemänner eine zweite Frau nehmen, können die Scheidungsklage einreichen. Man schätzt, daß es rund vier Millionen Nebenfrauen in China gibt, die von der neuen Entscheidung betroffen werden.

Ziele und Möglichkeiten für Luftangriffe.

Unter gewöhnlichen Verhältnissen werden die Wirkungen eines Bombenabwurfes gegen Truppen der Kampfzone niemals mit den Wirkungen der Artillerie vergleichbar sein. Auch die Wirkung der Luftangriffe mit Maschinengewehren darf man nicht überschätzen. Sie werden die Truppen erheblich belästigen und aufhalten, aber eine vollständige Lähmung werden sie nicht zustande bringen. Man spricht vielfach von einer völligen Ausschaltung der Führung durch Bombenabwürfe auf die Stabsquartiere. Auch dafür gibt es aus dem Weltkriege kein schlagendes Beispiel.

Der Nachschub kann durch Fliegerangriffe bedeutend erschwert werden, besonders wenn er von bestimmten Bahnhöfen abhängt. Luftangriffe auf Eisenbahnzüge oder Marschkolonnen können besonders in Engen sehr wirksam sein. Dagegen ist die Zerstörung von Schienenwegen und Straßen vom Flugzeug aus sehr schwierig. Um genau zu treffen, müssen die Flugzeuge tief heruntergehen, wodurch sie selbst in große Gefahr kommen. Gegen Schiffe kommen zu den Bomben noch die Torpedos hinzu. Um diese abzuschießen, müssen die Flugzeuge bis auf den Wasserspiegel heruntergehen und sind in solchem Falle durch die mittlere und leichte Schiffsartillerie sehr gefährdet. Gegen einzelne in Bewegung befindliche Schiffe ist die Treffwahrscheinlichkeit gering, für Schiffe im Hafen dagegen ist sie außerordentlich groß. Dieser Umstand wird zweifellos eine Umwälzung in der See-Strategie zur Folge haben. Die Flotten werden nicht mehr, wie zur Zeit des Weltkrieges, zwischen den Operationen ruhig in ihren Häfen liegen können.

Luftangriffe gegen Flughäfen können der Luftwaffe stärkere Verluste in bezug auf Personal und Material verursachen als Luftkämpfe. Gegen die Brennstoffvorräte sind, falls diese nicht unterirdisch aufbewahrt werden, Brandbomben ganz besonders gefährlich. Schwere Bomben hinterlassen ferner auf den Flugplätzen Trichter, die beim Aufsteigen und Landen verhängnisvoll werden können. Ein Angriff auf die Flugzeugfabriken und Materiallager kann Vorräte zerstören und durch Beschädigung der Werkzeugmaschinen sowie durch die Verhinderung der regelmäßigen Arbeit die ganze Produktion zum Stehen bringen. Man schädigt die feindliche Luftwaffe durch solche Angriffe auf der Erde sicherer und im allgemeinen mit geringeren eigenen Verlusten als durch Luftkämpfe. Die Vernichtung der feindlichen Luftwaffe ist die beste Art, sich gegen ihre Angriffe zu schützen.

Sehr dankbare Ziele sind die großen Industrieanlagen aller Art. Die Flieger werden sie nicht ganz zerstören, aber doch ernstlich beschädigen können. Es genügt ja schon, wenn die regelmäßige Arbeit verhindert wird. Die weitgehende Elektrifizierung der Industrie und der Eisenbahnen in bestimmten Gegenden schafft neue Möglichkeiten: die Zerstörung eines einzigen Kraftwerkes kann zahlreiche Fabriken und Bahnlinien lahmlegen.

Schließlich muß noch die Frage angeschnitten werden — die Propaganda vom Flugzeug aus. Das bolschewistische Rußland empfiehlt das Flugzeug ganz besonders als Mittel, um beim Gegner eine Literatur, die zum Bürgerkrieg aufreizt, zu verbreiten. Wie sich diese Frage im Ernstfall gestaltet, kann nur die Zukunft lehren. Im Weltkrieg sind bekanntlich auch in dieser Richtung von unsern Gegnern Versuche gemacht worden, ihr zum Teil unheilvoller Einfluß ist noch in unser aller Erinnerung. Jedenfalls ist aus dieser kurzen Zusammenstellung ersichtlich, wie sehr im Falle eines Krieges die Völker mit einer starken Luftflotte im Vorteil sind. Deutschland hat bekanntlich nicht ein einziges Militärflugzeug. Die Abrüstungskonferenz wird die Lage der Dinge nicht ändern.

Das Licht siegt

endlich gewiß — die Zeit kann man freilich nicht bestimmen; aber es ist schon ein Unterpfand des Sieges und des nahen Sieges, wenn die Finsternis genötigt ist, sich in einen öffentlichen Kampf einzulassen. Sie liebt das Dunkel; sie hat schon verloren, wenn sie gezwungen ist, an das Licht zu treten. Fichte.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 12. Dezember.

Meist heiter und trocken.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres und trockenes Wetter an.

Kommunisten-Prozeß.

Wie wir berichteten, fand am Freitag ein großer Kommunistenprozeß gegen den Stadtverordneten Olszewski sowie gegen Zygmunt Jaworski, dessen Frau Marja sowie Stefan Pawlicz, Kazimierz Latanski, Waclaw Bąkowski und Szuminski statt. Die Anklage wirft ihnen vor, durch kommunistische Tätigkeit und Verbreitung kommunistischer Flugblätter eine Änderung der Staatsform beabsichtigt zu haben. Der erste Angeklagte, der 29jährige Stadtverordnete Olszewski erklärt, daß er zwar Revolutionär aber nicht Kommunist sei. Seine politische Linie entspreche der von Kautz und Rosa Luxemburg. Er gehöre der Unabhängigen Sozialistischen Partei an. Er gibt zu, Flugblätter entworfen zu haben, die für die Tätigkeit in seiner Partei gebraucht werden sollten.

Die Eheleute Jaworski erklären, nicht zu wissen, was Kommunismus sei. Sie geben zu, daß Olszewski in ihrer Wohnung etwas geschrieben habe, wußten aber nicht, daß dort Flugblätter gedruckt werden sollten. Latanski und Pawlicz wurden seinerzeit verhaftet, als sie ein größeres Paket Flugblätter transportierten. Sie erklären, daß sie sich als Arbeitslose etwas verdienen wollten und hätten deshalb den Transport der Flugblätter übernommen. Ähnlich sagt auch der letzte Angeklagte Bąkowski aus. Szuminski, bei dessen Eltern O früher einmal gewohnt hat, gibt zu, daß er zwei Flugblätter umgeschrieben habe. Dies habe er jedoch nur aus Gefälligkeit getan, ohne sich überhaupt dabei etwas zu denken.

Die Polizeibeamten, die als Zeugen vom Gericht vernommen werden, schildern die Tätigkeit des O. Ein weiterer Zeuge, der Russe Samoiłow, der bereits im Kommunistenprozeß Gadomski und Walisiewski als Zeuge ausgesagt hatte, belastet den Angeklagten O. sehr stark. U. a. gibt er dem Angeklagten den Rat, erst selbst einmal nach Rußland zu fahren, um am eigenen Leibe die Wonnen des Kommunismus zu erfahren. O. stellte darauf den Antrag, den Zeugen auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Nachdem dann die Zeugenaussagen beendet und die Beweisaufnahme geschlossen war, ergriff der Staatsanwalt das Wort. Zum Schluß seines Plädoyers beantragte er folgende Strafen: für O. 10 Jahre und für J. und B. je 5 Jahre Gefängnis, für die übrigen Angeklagten je 2 Jahre Gefängnis.

O., der sich selbst verteidigt, hält, als ihm vom Gericht das letzte Wort erteilt wird, eine längere Ansprache, in der er nochmals seine Tätigkeit und seine politischen Ziele darlegt. Er habe, wie er betont, von dieser Tätigkeit, der er aus Idealismus nachgehe, keinerlei finanziellen Vorteil gehabt. Strafe fürchte er nicht, da er schwer lungenleidend sei, werde er diese sowieso nicht überleben. Wenn er um etwas bitten dürfe, dann sei es um eine menschliche und gerechte Beurteilung seiner Tätigkeit. Die übrigen Angeklagten bitten um ein mildes Urteil.

---

§ **Im Städtischen Museum** wurde gestern in Vertretung des Stadtpräsidenten durch Stadtrat Janicki die alljährliche Kunstausstellung des Verbandes der pommerellischen bildenden Künstler eröffnet. Stadtrat Janicki gab in einer Ansprache seiner Freude darüber Ausdruck, daß der künstlerische Wert der Ausstellung sich von Jahr zu Jahr hebe. Er dankte den Künstlern für die Überlassung so zahlreicher Gemälde und Plastiken und sprach die Hoffnung aus, daß die Popularisierung der Kunst durch die neue Ausstellung weitere Fortschritte machen werde. Als Vorsitzender des Verbandes dankte Kunstmaler Rupniewski für das Entgegenkommen der Stadt und dem sehr zahlreich erschienenen Publikum für das Erscheinen.

§ **Das Todesurteil bestätigt** hat der Staatspräsident gegen den Mörder Antoni Piotrowski, der gemeinsam mit Zdrojewski in bestialischer Weise den Restaurateur Bartz in Gora, Kreis Znin, ermordet hatte. Anfang v. J. hatten die beiden auf die Gastwirtschaft des B. einen Raubüberfall verübt, wobei P. den Kopf des B. mit Gewichten so lange bearbeitete, bis der Wirt starb. Von der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wurden die Mörder zum Tode verurteilt. Das Appellationsgericht in Posen bestätigte das Todesurteil der ersten Instanz. Nunmehr hat auch der Staatspräsident das Todesurteil gegen den Mörder P. bestätigt, dagegen die Todesstrafe gegen Z. in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

§ **Der Überfall auf den Studenten Safianowicz vor Gericht.** Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich wegen Überfalls zu verantworten: Der 26jährige Arbeiter Anton Erdmann, der 21jährige Arbeiter Bernhard Berdich und der 19jährige Arbeiter Alexander Filipowski. Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, wurde am 4. September d. J. der 22jährige Student Josef Safianowicz gegen 3 Uhr morgens überfallen und empfindlich verprügelt. S. hatte an dem Tage im Hotel Adler an einem Studentenball teilgenommen und sich gegen 3 Uhr morgens entfernt. In der Nähe der Klarissenkirche waren die Angeklagten an ihn herangetreten, von denen E. den Studenten um eine Zigarette bat. Dann überredeten sie ihn, gemeinsam noch in einem Lokal ein Glas Bier zu trinken. Der unvorsichtige junge Mann ließ sich auch dazu überreden und folgte den drei Männern. An der Ecke Danziger- und Bahnhofstraße gesellten sich noch drei Freunde der Angeklagten hinzu. Die ganze Gesellschaft begab sich nun nach der Verl. Rinkauerstraße in die Restauration „Miraż". Der Student, dem es doch ein wenig ungemütlich in seiner neuen Umgebung wurde, händigte dort dem E. zwei Złoty ein und sah, daß er aus dem Lokal hinauskam. E. folgte ihm jedoch sofort und verlangte draußen von S. noch eine Zigarette. Als dieser das Etui zog, versuchte E., ihm dieses zu entreißen. Zwischen beiden kam es nun zu einem Handgemenge, wobei E. den Studenten mit einem kräftigen Schwung über die Schulter warf. Inzwischen waren die übrigen beiden Angeklagten herbeigeeilt und schlugen auf den am Boden liegenden Studenten ein. Bei dieser Schlägerei hatte sich besonders der Angeklagte B. hervorgetan, indem er mit einem Schlagring den Kopf des S. bearbeitete. Als die drei glaubten, daß der Student die Besinnung verloren habe, nahmen sie ihm das Etui, die Geldtasche und ein Taschenmesser ab und ergriffen die Flucht. Der Angeklagte E. bekennt sich vor Gericht zur Schuld, will sich jedoch infolge Trunkenheit an die näheren Einzelheiten nicht mehr erinnern. B. behauptet, nichts mehr zu wissen und bestreitet, auf den Studenten eingeschlagen zu haben. F. dagegen bekennt sich offen zur Schuld und schildert den Hergang in allen Einzelheiten. Das Gericht verurteilte die ersten beiden Angeklagten zu je drei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der dritte Angeklagte erhielt 1½ Jahre Gefängnis.

§ **Im Kino Kristall** läuft z. Zt. ein ausgezeichneter Film: „Wolkenstürmer". Kein Sensationsfilm, aber spannend und aufregend wie Edgar Wallace, rein und sauber wie die Luft, in der sich die meisten Szenen dieses ausgezeichneten Fliegerfilms abspielen. Wundervolle Aufnahmen von Luftkämpfen, von der hohen Schule des Staffelfluges, von Angriffen auf Zeppelinluftschiffe. Und im Mittelpunkt der Unteroffizier Windy, gespielt von Wallace Beery. Die Unteroffizier ist ein ganzer Kerl. Die Faust sitzt ihm ebenso locker wie sein Mundwerk, aber das Herz befindet sich trotzdem auf dem rechten Fleck. Er erobert sich das Publikum — obgleich er alles andere als schön ist — gewissermaßen im Sturzfluge.

§ **Ein Autozusammenstoß** ereignete sich heute um 9 Uhr vormittags auf dem Theaterplatz. Dort fuhren die Autos eines Fleischermeisters und einer Zuckerwarenfabrik aufeinander auf. Der Schaden ist gering.

§ **Ein Feuer** brach am Freitag gegen 3 Uhr nachmittags in dem Hause Bahnhofstraße 34 aus. Dort waren in der Wohnung des Fleischermeisters Chwiałkowski Fenstergardinen in Brand geraten. Nach kurzer Zeit konnte die Wehr wieder abrücken. — Am gleichen Tage entstand gegen 5 Uhr nachmittags ein Kellerbrand im Hause Steinstraße (Zamojskiego) 10. Auch hier wurde die Feuerwehr in kurzer Zeit Herr der Lage.

§ **Zwei Ladendiebe** wollten sich am Freitag abend in der Schwanendrogerie betätigen. Einer der beiden eignete sich einen wertvollen Kamm an, wurde aber überrascht. Als der Verkäufer auf ihn zutrat, um ihm das Gestohlene abzunehmen, ergriff er die Flucht. Der Verkäufer verfolgte den Dieb, der schließlich ebenso wie sein Helfershelfer festgenommen werden konnte.

§ **Vereitelter Einbruch.** Als ein Bewohner des Hauses Neue Pfarrstraße 19 an einem der letzten Abende etwas früher als gewöhnlich nach Hause zurückkehrte, fand er die Hälfte der Türfüllung seiner Wohnungstür herausgeschnitten. Diebe, die offensichtlich gestört worden sind, hatten ihre Arbeit nicht fortsetzen können.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Zwiazek Cywilnych Niewidomych in Bydgoszcz (Verband der Zivilblinden in Bromberg). Plenarversammlung am Mittwoch, dem 14. Dezember d. J., um 20 Uhr bei Meller, Plac Piastowski 17. 9765

---

v **Argenau** (Gniewkowo), 10. Dezember. In einer der letzten Nächte drangen Diebe nach Herausnahme einer Fensterscheibe in das Pfarrhaus in Niestronno, wo sie auf der Suche nach Geld alle Winkel durchstöberten. Da sie aber solches nicht fanden, nahmen sie schließlich zwei Flaschen Abendmahlswein an sich und verschwanden in unbekannter Richtung. — In diesen Tagen erschienen im Nachbardorfe Plonkowo bei einem Besitzer acht Personen — fünf Männer, zwei Frauen und ein Kind — und baten um ein Nachtlager, das ihnen der biedere Besitzer auch ohne Bedenken gewährte. Wie groß aber war am anderen Morgen sein Erstaunen, al ser die Wahrnehmung machen mußte, daß die Gäste beim Verlassen des Hauses mehrere wertvolle Gegenstände mitgenommen haben.

□ **Crone** (Koronowo), 10. Dezember. Aus dem Schaufenster der Eisenwarenhandlung von Błażczcik, das die Täter eingedrückt hatten, entwendeten diese zwei Brownings. Die Scheibe hat eine Größe von 2,60×3,00 Meter und einen Wert von 1500 Złoty.

q. **Gnesen** (Gniezno), 10. Dezember. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Bahnstrecke Gnesen—Jankowo-Dolne. In der Nähe von Arkuszewo wurde auf den Schienen die Leiche eines Mannes aufgefunden, die als diejenige des in Gnesen wohnhaften Szczepan Kowalski rekognosziert wurde. K. war als Kohlendieb bekannt. Er ist, wie man annimmt, bei dem Abspringen vom Waggon unglücklich gefallen, da sein Hinterkopf eine große Wunde aufweist.

♧ **Posen** (Poznań), **10. Dezember. Heute früh ist im Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses der Raubmörder Ptak, der den Propst Nobowski in Sadke nachts überfallen, grausam ermordet und beraubt hatte, und dafür zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, nachdem das von ihm eingereichte Gnadengesuch vom Staatspräsidenten abgelehnt worden war, hingerichtet worden.** — Gestern abend wurde in der fr. St. Adalbertstraße Leon Wilhelmi von einem unbekannten Burschen ohne jeden Grund überfallen und durch einen Stich am Unterarm erheblich verletzt. Der Täter flüchtete nach der Tat. — In der Gastwirtschaft fr. Hedwigstraße 28 brach plötzlich der 58 Jahre alte Franz Krajczyński aus der Judengasse 28 infolge eines Herzschlages tot zusammen. — Seit dem 3. d. M. ist das Dienstmädchen Martha Łakoma des Kaufmanns Anton Wernicki, Alter Markt 71/72, spurlos verschwunden. — In der fr. Wittingstraße wurde ein Franz Lisik wegen Veranstaltung von Hazardspielen festgenommen.

ꝏ **Pudewitz** (Pobiedziska), 10. Dezember. Einbrecher schlugen in einer der letzten Nächte ein Loch in die Wand des Schweinestalles des Pumpenbauers Frankowski und versuchten, das 250 Pfund schwere Schwein zu stehlen. Sie wurden aber verscheucht. — Bei dem Landwirt Franzkowiak in Wenglewo wurde ein fettes Schwein von Einbrechern in dessen Stall geschlachtet. Die Täter mußten das geschlachtete Schwein aber zurücklassen, da der Knecht erwachte und die Diebe vertrieb.

S **Samotschin** (Szamocin), 11. Dezember. Am Maria-Himmelfahrtstage fand in dem Lokal „Concordia" eine Versammlung des Vereins der Kaufleute und Gewerbetreibenden statt, zu welcher auch die Nichtmitglieder dieser Berufe geladen waren. Gegenstand der Versammlung war Stellungnahme zu dem Beschluß der letzten Stadtverordnetensitzung, von der staatlichen Umsatzsteuer einen Zuschlag in Höhe von 25 Prozent zu erheben und den städtischen Beamten einen Zuschlag von 10 Prozent ihres Grundgehalts für das Jahr 1933 zu gewähren. Die Versammlung erhob scharfen Protest gegen diesen Beschluß der Stadtverordneten und faßte einmütig die Entschließung, an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ein Protestschreiben mit den Unterschriften aller Interessenten zu richten und den Antrag zu stellen, den angefochtenen Beschluß der Stadtverordneten zu revidieren und die Steuer auf die seinerzeit projektierte Höhe von 18 Prozent herabzusetzen. Eine Abschrift des Protestes wurde an den Wojewoden mit der Bitte um Nichtbestätigung des Stadtverordnetenbeschlusses gesandt. Es wird darin die schwierige Lage der hiesigen Kaufleute und Gewerbetreibenden geschildert.

Juristische Rundschau.

Unterliegen Autogaragen der Umsatzsteuer?

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Das Oberste Verwaltungsgericht entschied über eine Frage, ob Unternehmungen, die Autogaragen unterhalten, der Umsatzsteuer zu unterliegen haben.

Die Steuerbehörden, die eine Umsatzsteuer von den Autogarage-Unternehmern verlangten, stützten sich auf die Verordnung des Finanzministers vom 10. April 1928, die diese Steuerpflicht der Autogarage-Unternehmer vorsieht.

Das Oberste Verwaltungsgericht entschied aber im Sinne der Klage, daß diese Steuerpflicht nicht vorliege. Das Gericht leitet seinen Schiedsspruch aus folgenden Feststellungen ab: Weder in Art. 6, im Zusammenhange mit Art. 8 und 9 des Umsatzsteuergesetzes, noch im Anhange zu Art. 23 des gleichen Gesetzes, der tarifmäßig, d. h. taxativ jeder Art Unternehmungen aufzählt, die der Umsatzsteuerpflicht in Form des Erwerbes eines Steuerpatentes unterliegen, sind Autogarage-Unternehmungen Steuerobjekte, für die Umsatzsteuer, sei es in der Form eines Steuerpatentes, oder der Umsatzsteuer, oder beider Steuerarten zusammen, gedacht. Zwar erhielt der Finanzminister auf Grund des Art. 26 des Umsatzsteuergesetzes die Ermächtigung, diejenigen Unternehmungen, die im Gesetze, insbesondere im Tarif dieses Gesetzes, als steuerpflichtig nicht bezeichnet sind, nach eigenem Ermessen der Steuerpflicht zu unterwerfen. Der Finanzminister hat in seiner Verordnung vom 10. April 1928 Garage-Unternehmungen dieser Steuerpflicht auch unterworfen, doch könne diese Verordnung als rechtmäßige Gebrauchsanweisung der ihm zustehenden Befugnis und folglich nicht als allgemein verpflichtend betrachtet werden, da sie nicht im „Dziennik Ustaw" veröffentlicht worden ist. Diese Veröffentlichung wäre in dem Falle um so notwendiger, als der Erwerb eines Umsatzsteuerpatentes ein unmittelbares Einschreiten der Steuerbehörde gegenüber dem Steuerpflichtigen gar nicht erfordert, sondern der Steuerpflichtige aus Selbstbestimmung seine Steuerpatentpflicht und deren Höhe zu erklären hat. (Entscheid des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 16. November 1932, Reg.-Nr. 5505/30.)

Diese Entscheidung, wonach also Autogaragen weder der Umsatzsteuer als solcher, noch dem Umsatzsteuerpatent unterliegen, besitzt aber ihre Gültigkeit nur für diejenigen Fälle, in denen die steuerbehördlich falsch angewendete Steuerverpflichtung der Autogaragenbesitzer sich auf die Zeit bis zur Novellierung des Umsatzsteuergesetzes vom 29. März 1932 bezieht. Für die Steuerperiode jedoch, auf welche schon die erwähnte Steuernovelle Anwendung findet, sind Autogaragenbesitzer schon umsatzsteuerpflichtig und müssen auch, wie § 118 der Ausführungsverordnung zur Umsatzsteuernovelle ausdrücklich bestimmt, ein Umsatzsteuerpatent, je nach dem Umfang des Betriebes, entweder der III. oder der IV. Handelskategorie erwerben.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 12. Dezember 1932.

Krakau — 2,53, Zawichost + 1,04, Warschau + 0,95, Plock + 0,69, Thorn + 0,61, Fordon + 0,61, Culm + 0,53, Graudenz + 0,72, Kurzebrak + 0,93, Piekel + 0,18, Dirschau —0,01, Einlage + 2,30, Schiewenhorst + 2,58.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 285 und „Die Scholle" Nr. 25.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht darauf, daß verschiedene Arbeitgeber die Pflicht zur Anmeldung freier Arbeitsstellen beim Staatlichen Arbeitsnachweisamt nicht beachten, sowie über Einstellung von Arbeitern unter Umgehung des Staatlichen Arbeitsnachweisamtes in nicht vorschriftsmäßigem Termin berichten — macht der Staatliche Arbeitslosennachweis die Herren Arbeitgeber auf die genaue Einhaltung der Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministers vom 15. Februar 1923 (Dz. U. R. P. Nr. 18, Poj. 123 vom 26. 2. 23) aufmerksam.

Gemäß der §§ 1 und 2 der angeführten Verordnung haben die Arbeitgeber **alle freien Arbeitsstellen**, mit Ausnahme der Lehrlingsstellen, dem Staatlichen Arbeitsnachweisamt zu melden. Die Anmeldungen im Arbeitsnachweisamt, **ul. Grodzka 25**, können persönlich, telephonisch unter Nr. 606 oder auch schriftlich geschehen. Ist das Arbeitslosennachweisamt nicht in der Lage, einen entsprechenden Kandidaten infolge Mangels oder aus anderen Gründen zu stellen, **so kann dann der Arbeitgeber unter Umgehung dieses Amtes einen Arbeiter anstellen.** In solchen Fällen ist dann gemäß § 4 der Arbeitgeber zur Anmeldung innerhalb 3 Tagen verpflichtet. Die Benachrichtigung über Einstellung muß enthalten: a) Vor- und Zunamen des eingestellten Arbeiters, b) Beruf, c) Adresse, d) Datum des Arbeitsbeginns, sowie e) den Grund, weshalb die Einstellung ohne Vermittlung des Arbeitslosennachweisamtes erfolgte (z. B. Terminarbeit, Nichtzuweisung durch das Arbeitslosennachweisamt der terminbefristet angeforderten Arbeiter oder Mangel entsprechender Kandidaten). Es können nur Arbeiter eingestellt werden, die als Arbeitslose registriert sind und einen Ausweis des Arbeitsnachweisamts besitzen. Den unter Umgehung des Arbeitsnachweisamtes eingestellten Arbeitern sind die Arbeitslosenausweise abzunehmen und zusammen mit der Anmeldung über Anstellung dem hiesigen Amt einzuschicken.

Genaue Angaben in den Bedarfsanmeldungen über Beruf und Qualifikationen des gesuchten Arbeiters, Termin des Arbeitsantritts, für welche Zeitdauer gesucht, sowie Entschädigungsbedingungen werden vielfachen Klagen seitens der Herren Arbeitgeber über Zuweisung nicht entsprechender Arbeitskräfte vorbeugen. Es liegt auch im Interesse der Herren Arbeitgeber die sofortige Erledigung der Antwortschreiben („odpowiedzi"), da sich dadurch die Zuweisung weiterer Kandidaten für die freie Stelle erübrigt.

Die Nichtbeachtung der angeführten Vorschriften wird gemäß § 5 dieser Verordnung, sowie der §§ 11 und 34 der Verordnung des Ministerrats vom 21. 1. 1924 (Dz. U. R. P. Nr. 9, Poj. 89), mit Geldstrafe bis 3000 Złoty geahndet.

Das Arbeitslosennachweisamt teilt ferner mit, daß auf dem Gebiet, das zum Bereich des hiesigen Amtes gehört, besondere Referate für Arbeitsnachweis eingerichtet worden sind, welche die gleiche Tätigkeit ausüben, und zwar: für den Kreis Wirsitz das Arbeitsnachweisreferat beim Kreisausschuß in Wirsitz, das Arbeitsnachweisreferat beim Magistrat in Nakel, Mrotschen und Friedheim; für den Kreis Bromberg: die Arbeitsnachweisreferate beim Magistrat in Schulitz, Crone und Fordon. (9739

Bydgoszcz, 9. Dezember 1932.

Państwowy Urząd Pośrednictwa Pracy w Bydgoszczy
Kierownik P. U. P. P. Tyborski.

Warme Sachen und Spielzeug für die Winterhilfe.

Jede ordentliche Hausfrau hat in diesen Wochen die Wintersachen für sich und ihre Familie durchgesehen, ausgebessert und das Fehlende ergänzt. Dabei hat sich meistens herausgestellt, daß die Familie eigentlich recht reichlich versehen ist mit Mänteln und Mützen, mit Schals und Tüchern, warmer Wäsche und Strümpfen, Schuhen und Überschuhen. Ja, manches wird man wahrscheinlich gar nicht brauchen oder will es aus irgend einem Grunde nicht mehr tragen. Schade darum, es in den Lumpensack zu werfen. Es sind ja noch keine wertlosen Sachen, sondern es läßt sich allerlei damit anfangen. Ein guter Abnehmer ist z. B. die Winterhilfe. Sie braucht so viel für die Schulkinder, die noch immer in ihren dünnen Kleidchen und ohne Unterzeug herumlaufen, denen Handschuhe ein unerhörter Luxus bedeuten und deren Vater das Geld zu ein Paar Sohlen nicht übrig hat, weil er nichts verdient. Ebenso wie die Kinder frieren auch die Erwachsenen, die aus dem Husten, dem Schnupfen, den Brustschmerzen und dem Rheumatismus garnicht herauskommen. Bei solch körperlichem Elend weiß man nicht viel von weihnachtlicher und adventlicher Stimmung. Die Stube kann nicht geheizt werden, nur im Küchenofen quält sich ein kleines Feuer, das bißchen Essen gar zu kochen. Welch Glück würden in solchen Häusern eine warme Strickjacke, ein Paar feste Schuhe, eine Winterjoppe für den Schuljungen und vieles andere bereiten. Der Geber selbst aber macht sich eine Vorweihnachtsfreude damit, wie sie schöner nicht sein kann.

Eine Weihnachtsfreude, **die nichts kostet**, speziell gedacht für die **Kinder der Arbeits- und Erwerbslosen**, ließe sich ebenfalls leicht ermöglichen. Wir denken da an die in den Haushaltungen herumliegenden Spielsachen aller Art, die nicht mehr benutzt werden, weil die ehemaligen glücklichen Besitzer entweder ihrer überdrüssig geworden oder ihnen „entwachsen" sind. Wohl auf jedem Hausboden, in jeder „Rumpelkammer" liegen da und dort die ausgedienten Hampelmänner, Trompeten, Pferde und Wägelchen, Puppen und andere Spielsachen, die, wenn auch ihr ehemaliger Glanz und Schimmer schon etwas sehr verblichen, doch das Herz eines armen Kindes, dem sonst keine Weihnachtsfreude beschert sein würde, noch in Entzücken versetzen können. Auch die Spender würden sich mit diesem kleinen Opfer, das vielleicht für sie noch nicht einmal ein solches ist, eine schöne Genugtuung bereiten, wenn sie sehen, welcher Segen damit geschaffen wird.

Gaben jeder Art **erbeten an die Geschäftsstelle, Goethestraße (ul. 20. stycznia) Nr. 2.** (9741

Deutsche Winterhilfe.
J. A.: Martha Schnee.

Pommerellen.

12. Dezember.

Graudenz (Grudziądz).

× **Das städtische Komitee für Arbeitslosenhilfe** hat in der Zeit vom 1. Juni bis zum 30. November d. J. direkt auf Konto der Stadtsparkasse vereinnahmt 3472,85 Złoty, durch die Finanzsektion wurden einkassiert 4088,74 Złoty, in der Zeit vom 1. bis 6. Dezember d. J. gingen ein 1151,47 Złoty; insgesamt hat das Komitee somit vom 1. Juni bis zum 6. Dezember d. J. 8715,06 Złoty an Spenden vereinnahmt. *

× **Der Verband der Tabakpflanzer** hielt im „Tivoli" hierselbst eine Versammlung ab, die von etwa 150 Personen besucht war. Es wurde über die mit dem Finanzministerium und der Direktion des staatlichen Tabakmonopols in Warschau in Sachen der die Tabakanbauer angehenden Angelegenheiten Bericht erstattet. In der Versammlung kam, teilweise in recht lebhafter Form, die Unzufriedenheit mit manchen Maßnahmen der Monopoldirektion in bezug auf die Tabakproduzenten zum Ausdruck; insonderheit besprach man die nach Ansicht der Tabakpflanzer bei der Abnahme der letzten Ernte zutage getretenen Mängel, und wünschte deren Abstellung. *

× **Über eine Art Strompreisermäßigung** wird in der hiesigen Presse berichtet. Danach soll Kaufleuten, Restaurateuren, Kinobesitzern die Gebühr für den Verbrauch von elektrischem Strom in der Weise etwas verbilligt werden, daß das im Monat Dezember gegenüber dem Monat November bezogene Mehr an Strom um 50 Prozent im Preise ermäßigt wird. Wer z. B. im November 50, und im Dezember 70 Kilowatt verbraucht hat, soll anstatt dieser 70 Kilowatt nur 60 Kilowatt zu bezahlen haben. Bei dieser Neupreisregelung handelt es sich um einen Beschluß der städtischen Elektrizitätswerks-Kommission. Eine Preisermäßigung für die Gesamtkonsumentenschaft, also auch für die kleinen und kleinsten Strombezieher scheint nach den bisherigen Mitteilungen dagegen nicht in Frage zu kommen. Und dabei wäre doch auch für diese eine Verbilligung des Stromes nicht minder erwünscht. In der gleichen Versammlung der Elektrizitätswerks-Kommission ist, wie gemeldet wird, der Antrag eines Mitgliedes der Kommission, alle Straßenbahnfreibillette mit Ausnahme derjenigen für die dienstlich tätigen Straßenbahnfunktionäre abzuschaffen, angenommen worden. Weiter hat die Kommission den Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf die ständig sich vermindernde Frequenz der Elektrischen den Monatskartenpreis von 14 auf 10 Złoty zu erniedrigen. Für eine Fahrt vor 8 Uhr morgens zur Arbeitsstätte soll der Fahrpreis auf 10 Groschen ermäßigt werden. Diese kommissionsseitig beschlossenen Änderungen werden zu ihrer Gültigkeit übrigens wohl noch der Zustimmung der städtischen Körperschaften bedürfen. *

t **Wochenmarktbericht.** Wenig gut beschickt war der Sonnabend-Wochenmarkt. Es wurde aber wieder reichlich Butter zum Verkauf angeboten; diese kostete 1,40—1,60. Die Nachfrage war aber nicht besonders groß. Eier kosteten 2,0—2,50. An Geflügel bot man Gänse an für 0,70 das Pfd., Enten Stück 3,00—4,50, Puten 3,50—7,00, Hühner 2,00—3,50, Tauben Paar 1,00. Hasen preisten 3,50—4,00. An Fischen gab es Karpfen zu 1,50, Zander 1,30, Hechte 0,75—1,00, Karauschen 0,60—0,80, Barsche 0,50—0,60, Plötze 0,35—0,40, Breitlinge Pfd. 0,10, geräucherte Sprotten in Kisten zu 1,50. Gute Äpfel kosteten 0,50—0,80, andere 0,30—0,40, Weintrauben 1,40, Apfelsinen 0,60—0,80, Zitronen 3 Stück 0,50; Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,30, Blumenkohl 0,20—1,00, Spinat 0,25—0,30, Mohrrüben 0,10, Wruken 0,10, Zwiebeln 0,15, Kartoffeln Ztr. 2,30—2,50. *

× **Wenn man sein Geld im Bett verwahrt.** Wie leider so manche unbesonnenen Zeitgenossen, hatte auch Leokadja Nowicka, Lindenstraße (Lipowa) 72, 130 Złoty im Bett untergebracht. Dort hat es ein illegitimer Revisor „konfisziert". *

× **Vermißt** wird seit dem 1. d. M. die 30jährige Tochter von Franciszek Cendrowski Domicella verehel. Maćkowska. An diesem Tage hat sie die Brombergerstraße (Bydgoska) 14 belegene väterliche Wohnung verlassen und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Bekleidet war die Verschwundene mit schwarzem Mantel (mit Sealpelzkragen). Irgendwelche Dokumente hat sie (die schreibunkundig ist) nicht mitgenommen. Personen, die über die M. etwas mitzuteilen in der Lage sind, werden um Benachrichtigung des nächsten Polizeiamts gebeten. *

× **Gestohlen, aber schleunigst gefaßt.** In der Grabenstraße (Groblowa) hatte am Freitag der Unteroffizier Lubiak von der hiesigen Fliegerschule, während er in ein Haus gegangen war, sein Motorrad stehen lassen. Das erschien einem Langfinger als erwünschte Gelegenheit, sich auf das Fahrzeug zu schwingen und damit abzusausen. Nicht lange erfreute er sich seiner neuen „Errungenschaft". Auf die von dem Bestohlenen erstattete Anzeige wurde nämlich eine Polizeipatrouille mobilisiert, und dieser gelang es in nicht einmal einer halben Stunde, den Motorräuber nebst seiner Beute zu ermitteln. L. erhielt das Rad zurück, der Täter aber wurde verhaftet. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Sonnabend früh unverändert 0,60 Meter über Normal. — Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig bezw. in umgekehrter Richtung machten hier die Dampfer „Faust" bzw. „Mickiewicz" Station. **

v **Öffentliche Ausschreibung.** Die Komisja Wspólnych Zakupów Garnizonu Toruń hat die Lieferung von täglich ca. 2000 Kilogramm Fleisch und 240—300 Kilogramm Speck für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1933 zu vergeben. Offerten für die Belieferung der ganzen Garnison oder einzelner Formationen mit Preisangabe für je ein Kilo Rind-, Hammel-, Schweine- und Kalbfleisch sowie Räucherfleisch, Schweineschmalz und Wurst sind bis spätestens 21. Dezember 1932, 9,30 Uhr, bei der Quartiermeisterei des 8. Schweren Artillerie-Regiments einzureichen. Die Lieferungsbedingungen können in der Kanzlei des Verpflegungsoffiziers des gleichen Regiments eingesehen werden. Den Offerten ist eine Quittung der Zahlmeisterei des genannten Regiments über eine in Höhe von 1000 Złoty hinterlegte Bürgschaft beizufügen. Termin ist hierzu auf den 21. Dezember 1932, 10 Uhr, in der Gendarmerie-Kanzlei, ul. Prosta, angesetzt. Kostenanschlagsformulare sind beim Verpflegungsoffizier des genannten Regiments erhältlich. **

v **Mordprozeß Jakubowski.** Nachdem das Gericht am Mittwoch Lokaltermine im Barbarkener Walde und bei Wieses Kämpe abgehalten hatte, wurde am Nachmittag um 6 Uhr die Verhandlung fortgesetzt, wobei eine Reihe neuer Zeugen vernommen wurde. Als erster kam der Arzt Dr. Połon zu Wort, der dem Angeklagten in der kritischen Nacht zum 15. Oktober nach dem angeblichen Überfall die erste Hilfe erteilte. Jakubowski meldete sich bei ihm im Krankenhaus. Der Zeuge stellte bei dem Angeklagten eine Schußwunde an der linken Seite sowie Ritzwunden an der Kopfhaut fest. Sodann sagten die als Sachverständige geladenen Ärzte Dr. Jacobson und Dr. Krajski und schließlich Dr. Swinarski aus. Nach dem Verhör dieser Zeugen schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme und erteilte dem Staatsanwalt Bieńkowski das Wort, der die Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils (12 Jahre Zuchthaus) forderte. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Przysiecki, beantragte Freisprechung. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt und die Verkündung des Urteils auf Sonnabend um 1 Uhr anberaumt. **

‡ **In die Falle gegangen** ist ein Glühbirnendieb, über dessen freche Tätigkeit wir neulich als einziges Blatt in Thorn berichteten. Der Mann erschien in einem hiesigen Elektrogeschäft und bot 23 Glühbirnen sowie drei Glasglocken zum Kauf an, da er aus Gdingen sei und dringend Geld benötige. Dem Geschäftsführer kam die Sache verdächtig vor und er benachrichtigte unbemerkt die Polizei. Diese sah sich den „Verkäufer" näher an und stellte fest, daß alle Birnen aus Diebstählen stammen. Siebzehn (!) Stück sind allein in einer hiesigen Kirche gestohlen. **

t **Gasvergiftung.** Wir berichteten dieser Tage über den unfreiwilligen Selbstmord einer Katze im Hause Leibitscherstraße (ul. Lubicka) 49. Das infolge des abgerissenen Schlauches ausströmende Gas ist, entgegen unserer ersten Meldung, doch weiter in das Hausgedrungen und hat zu einer Vergiftung der im ersten Stockwerk schlafenden Frau Stefanja Piotrowska und ihrer beiden kleinen Kinder geführt. Glücklicherweise ist diese Vergiftung nur leichter Art. **

t **Einen Selbstmordversuch** durch Trinken von Essigessenz unternahm am Donnerstag ein hier beschäftigtes, 20jähriges Bufettfräulein. Es ist unbekannt, was sie zu dieser Verzweiflungstat getrieben hat. Die Unglückliche wurde durch die Rettungsbereitschaft in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. **

v **Blutige Auseinandersetzung auf dem Neustädtischen Markt.** Freitag abend kam es zwischen den Chauffeuren Władysław Smykowski aus Leibitsch und Maximilian Kalamarski, wohnhaft ul. Piaskowa 2, infolge persönlicher Differenzen zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Smykowski sein Messer zog und damit seinem Kollegen einen Stich in den Leib versetzte. Kalamarski sank schwer verwundet zu Boden und verlor das Bewußtsein. Er wurde von der alarmierten Rettungsbereitschaft nach dem Stadtkrankenhaus gebracht. Der Messerheld wurde von der Polizei verhaftet.

v **Podgorz** bei Thorn, 10. Dezember. In der Zeit vom 1. bis 30. November d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt die Geburten von 8 Knaben und 9 Mädchen zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 7 (3 männliche und 4 weibliche Personen), darunter 3 Kinder im Alter bis zu einem Jahre. Im gleichen Zeitraum wurden 4 Eheschließungen vollzogen. **

‡ **Taschendiebe im Gotteshaus.** Während der Ablaßfeier am Donnerstag (Mariä Empfängnis) in der St. Marienkirche erschienen mehrere Schutzleute und holten aus der Menge einige Männer und Frauen heraus, die in dem starken Verdacht von Taschendiebstählen standen. Das polizeiliche Eingreifen erregte natürlich große Aufmerksamkeit. Wie wir hören, sind leider zwei Frauen, die einer im Gebet versunkenen Frau die Handtasche zu öffnen versuchten, der Festnahme entgangen. **

‡ **Laut Polizeirapport** wurden am Mittwoch und Donnerstag sieben kleinere Diebstähle angezeigt, ferner eine Unterschlagung, und zwei Fälle unrechtmäßiger Aneignung. Zur Protokollierung kamen fünfzehn Übertretungen verschiedener polizeilicher Vorschriften und ein Verstoß gegen die Bauordnung. — Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht wurde eine Person verhaftet. Festgenommen wurde eine Person wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn. **

tz **Konitz** (Chodzież), 11. Dezember. Der Konitzer Polizei gelang es, eine Einbrecherbande dingfest zu machen, die über 20 Einbrüche auf dem Kerbholz haben soll. — Bei dem Tischlermeister Fr. Daszkowski in Powalken drangen ungebetene Gäste ein und stahlen eine größere Menge Handwerkszeug. — Selbst vor Arbeitslosen machen die Diebe keinen Halt. So wurde von Unbekannten dem Arbeiter Bieska in Machalin ein 1½ Ztr. schweres Schwein geschlachtet und gestohlen. — Kürzlich wurde hier ein Mieterverein gegründet, der vor kurzem seine erste Versammlung abhielt. Dem Vorstand gehören Steinke, Fons und Jażdziewski an. — Die Ortsgruppe Frankenhagen des Verbandes deutscher Katholiken veranstaltete anläßlich des 10. Regierungsjubiläums des Papstes eine Papstfeier in ihrem Vereinslokal. Die Gesangsabteilung trug als Eingang das Lied „Hab Sonne im Herzen" vor. Der Schriftführer der Ortsgruppe sprach einen Prolag und darauf hielt der Bezirkssekretär Fritz einen interessanten Vortrag über Papst und Papsttum. Er sprach über dessen hohe Bedeutung in der jetzigen Zeit und forderte die Anwesenden zu offenem katholischen Bekenntnis auf. Das Vereinslokal war für die würdige Feier schön geschmückt.

p **Neustadt** (Wejherowo), 10. Dezember. Am 15. d. M. findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt und am 22. der Weihnachtsmarkt statt. — Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 2,40—2,50, Eier 2,50—2,70, Butter 1,30—1,60. Für Ferkel wurden 12—15 Złoty pro Stück gezahlt.

✡ **Zempelburg** (Sępólno), 10. Dezember. Auf dem letzten Wochenmarkt brachten Butter 1,20—1,40 das Pfund, Eier 2,00 die Mandel, Äpfel 0,30—0,40, Eßkartoffeln 1,60—2,00. Auf dem nur schwach beschickten Schweinemarkt wurde das Paar Absatzferkel mit 25—35 Złoty gehandelt. — Auf der vom hesigen Jagdverein am Sonnabend, dem 10. d. M. veranstalteten dritten Treibjagd, an welcher 19 Schützen teilnahmen, wurden auf dem Gelände Abbau Zempelburg 30 Hasen zur Strecke gebracht. Jagdkönig mit 4 Hasen wurde Besitzersohn Willi Glasenap.

Kleine Rundschau.

Auf der Jagd erschossen.

Eberswalde, 9. Dezember. Am Donnerstag wurde auf einer Sau- und Hasenjagd in der Oberförsterei Liebenwalde der Staatsförster Keiner durch eine verirrte Kugel tödlich getroffen. Der unglückliche Schütze, ein Berliner Jagdgast, schoß auf ein Stück Schworzwild, nachdem dieses bereits die Schützenlinie passiert hatte. Die Kugel prallte ab und drang als Querschläger dem Forstbeamten in den Unterleib. Der Förster war sofort tot.

Bäder und Kurorte.

Herzbad Reinerz bietet durch sein Sportgelände und sein reichhaltiges Wintersportprogramm mit Sprunglauf, Rodel-, Ski-, Eis- und Schlittenfahrten, wie durch Klima und tägliche Verabfolgung der berühmten natürlichen Kohlensäure-Sprudelbäder, Quellen usw. in wenigen Tagen bei geringem Geldaufwande eine starke Erfrischung von Geist und Körper. Die Anmeldungen für einen Aufenthalt über Weihnachten und Neujahr sind bereits jetzt schon recht gute. Prospekt und Wintersportprogramm kostenlos durch die Badeverwaltung und die Reisebüros.

Thorn.

Graudenz.

Die schleichende Danziger Regierungskrise.

Präsident Ziehm erklärt: Die Regierung wird auf ihrem Posten ausharren, solange es ihr Ehre und Pflicht gestatten.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

In der letzten Plenarsitzung des Volkstages am 7. d. M. griffen Abg. Plettner für die Sozialdemokraten und Abg. Greiser für die Nationalsozialisten die Regierung wegen ihrer Personal- und Sozialpolitik aufs heftigste an. Abg. Greiser sprach von einer „Beförderungspsychose" der Regierung ,die infolge seiner stetigen Warnungen genau gewußt habe ,welche Auswirkungen diese Beförderungen hervorriefen. Die Regierung habe in letzter Zeit eine Schlappe nach der anderen erlitten, noch größere Schlappen aber hätten einzelne Senatoren wie Dr. Althoff und Hinz erlitten, so daß sie längst hätten zurücktreten müssen. Der nationalsozialistische Redner wandte sich im besonderen gegen die Umgestaltung des Finanzrats auf dem Wege der Rechtsverordnung, mit der man sich einen Ersatz für den fehlenden Artikel 48 schaffen wolle. Die Regierung werde sich aber durch solche „kleinlichen Staatsstreichpläne" nicht über Wasser halten können. Schon andere Männer hätten Schiffbruch erlitten, die gegen die Nationalsozialisten regieren zu können geglaubt hätten. Seine Fraktion habe heute eine innenpolitische Aussprache herbeigeführt. Sollte das der Regierung nicht genügen, so könnte sie ja in 14 Tagen eine außenpolitische Debatte veranstalten, bei der die Stellung der Regierung genau so erschüttert werde. (Abg. Bertling (Dtschnatl.): Das kriegen Sie fertig. Verantwortungslos genug sind Sie!) Wir werden alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um zu erreichen, daß die Regierung den Platz freimache für Neuwahlen und damit für eine Regierung (Zuruf rechts: Plenikowski—Greiser!), die nationalsozialistisch geführt wird.

Präsident Dr. Ziehm

widerlegte zunächst einzelne Behauptungen der Redner, um schließlich zur gegenwärtigen innenpolitischen Lage Ausführungen zu machen:

Der Abg. Greiser hat in schroffster Weise der Regierung den Kampf angesagt, daß die Nationalsozialisten nicht ruhen würden, bis dieser Senat erledigt worden sei. **Die Nationalsozialisten seien vor zwei Jahren trotz Aufforderung nicht in die Regierung eingetreten,** sie sagten damals, aus außenpolitischen Gründen sei ihnen das nicht möglich. Der Senat habe die Regierung übernommen, nachdem ihm die Nationalsozialisten in verbindlichen Erklärungen ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die Lage war damals so unendlich schwer, daß jeder, der die Lage kannte, den Mut bewundern mußte, mit der die nationale Regierung die Arbeit zur Finanzsanierung aufnahm. Die Nationalsozialisten hätten 1½ Jahre mit dem Senat die Last der Regierung getragen, weil sie sich überzeugen mußten,

daß es keinen anderen Weg gab,

als den die Regierung ging. Er glaube, die Nationalsozialisten brauchten sich dieser Mitarbeit nicht zu schämen, wenn sie später einmal darauf zurückblickten. Nun hätten die Nationalsozialisten der Regierung ihre Stütze verweigert. Aus welchen Gründen sei immer noch nicht ganz klar geworden. Die Nationalsozialisten konnten doch immer nur eine Regierung nach rechts bilden. Die Rolle, in die sie sich selber jetzt begeben hätten, sei für sie unhaltbar.

> **Sie hätten zusammen mit Sozialdemokraten, Polen und Kommunisten Beschlüsse gefaßt, die den Staat nicht nur in Gefahr brächten, sondern in Grund und Boden wirtschafteten, wenn der Senat gezwungen würde, ihnen Folge zu geben. Die Verbindung der Nationalsozialisten mit den Kommunisten werde auch in den eigenen Reihen der NSDAP. als widernatürlich empfunden. Die Nationalsozialisten hätten nicht die Führung der Opposition, sondern seien die Genasführten.**

Die Kommunisten würden sie mit ihren hemmungslosen Agitationsanträgen immer weit überbieten. Wenn sie sich mit den Kommunisten überhaupt einließen, seien sie schon verloren. Ob sie denn nicht merkten, mit welcher Schadenfreude auf der Linken ihre Handlungen verfolgt würden. (Abg. Plenikowski (Komm.): Von Greiser hängt jetzt nichts mehr ab ,wir werden noch mehr Volldampf machen!) Die Nationalsozialisten haben den Senatoren vorgeworfen, sie klebten an ihren Sesseln. Es sei an sich schon häßlich, Männern, mit denen man 1½ Jahre zusammengearbeitete habe, derartiges vorzuwerfen. Gesinnung und Anstand sollten ihnen das verbieten. Er stelle aber hier fest,

> **daß die Senatoren auf ihren Posten ausharrten, aus nichts anderem, als aus Rücksicht auf den Staat und in der klaren Erkenntnis, daß der Staat führerlos sei, wenn sie abtreten würden, und das Chaos eintrete.**

„Glauben Sie denn, Herr Greiser, daß solche Anträge, wie die auf Kürzung der Senatorengehälter, im Volke Anklang finden? (Greiser: Aber sehr!) Jedenfalls sind sie nichts als Agitation. Gerade die Mitglieder dieser Regierung haben vor Amtsantritt auf 25 Prozent des bisherigen Gehaltes verzichtet, um ein Beispiel zu geben, das nicht ohne Eindruck blieb, und das Präsidentengehalt wurde um 50 Prozent gegenüber früher gekürzt. Sie gefährden mit Ihren Anträgen nicht nur die Stellung der Senatoren, sondern die Autorität des Staates. Wollen Sie denn, die Senatorenstellen sollen gegen den Meistbietenden verhökert werden?

Wie denken sich die Linke und die Nationalsozialisten die weitere Entwicklung?

Die beiden Linksparteien allein können keine Regierung bilden. Daß die Nationalsozialisten mit den Sozialdemokraten und Kommunisten eine Regierung bilden könnten, steht doch wohl außer Betracht.

Was wollen Sie denn eigentlich?

(Abg. Plenikowski (Komm.): Aber Deutschnationale und Zentrum, das geht, was?) Die nationale Regierung hatte eine sehr starke Stellung, dadurch, daß die Nationalsozialisten ihr die Unterstützung kündigten, geriet sie in die jetzige Lage. Auch in Ihren eigenen Reihen wird das nicht gebilligt. (Abg. Greiser: Die das sagen, die haben eben die bürgerlichen Eierschalen noch nicht verloren!) Die Regierung hat getan, was in ihren Kräften stand, um der Wirtschaft zu helfen und damit auch den Erwerbslosen, und um die außenpolitischen Angriffe abzuwehren." Diesen Kurs wolle die Regierung fortsetzen, solange es ihr möglich sei, unparteiisch, ohne Bindung nach rechts und links.

Der Präsident appellierte dann an die Oppositionsparteien, da ja doch für eine Auflösung des Volkstages keine Mehrheit im Hause zu sein scheine, eine andere Regierungsbildung auch nicht möglich sei, im Interesse der Erhaltung des Staates dieser Regierung nicht die Stütze zu entziehen, die sie ohne weiteres brauche. Schwere Gefahren sehe er heraufziehen, wenn diese verhängnisvolle Oppositionspolitik fortgesetzt werde.

Abg. Dyck (Dtschnatl.) verteidigte die Regierungspolitik. Abg. Greiser (Natsoz.): Die Gründe, weshalb seine Partei der Regierung ihre Unterstützung entzogen habe, seien einmal, weil die Regierung ihren sozialen Charakter zum Teil verlassen und den Einwendungen seiner Partei gegen Beamtenbeförderungen kein Gehör geschenkt habe. Zum anderen deshalb, weil die Regierung am 13. August und nachher die bis dahin eingehaltene außenpolitische Linie verlassen habe. Die Sorge um das Schicksal Danzigs sei bei den Nationalsozialisten bestimmt nicht geringer als bei den Regierungsparteien.

Abg. Brill wandte sich noch einmal gegen die Regierungspolitik, die die Opposition herausfordere. Die Begründung des Vizepräsidenten des Senats für die Beamtenbeförderungen sei geradezu provozierend angesichts der furchtbaren Not von Zehntausenden von Menschen, von der der Redner zahlreiche Einzelbilder gab. Im Volke verstehe man es eben nicht, daß einem Manne, der 1000 Gulden Monatseinkommen habe, wie der Kommandeur der Schutzpolizei, noch weitere 100 zugeteilt würden, während die Regierung sich außerstande erkläre, einer armen Witwe die monatliche Unterstützung von 23 auf 24 Gulden zu erhöhen. Wenn in Berlin der General Schleicher sogar mit den Gewerkschaften verhandle, würde sich auch die Danziger Regierung dadurch nichts vergeben. Statt dessen aber greife sie durch Notverordnung in die Urrechte der Arbeiter, in das Tarifrecht ein .

Präsident Dr. Ziehm

ergriff dann noch einmal das Wort, um die Vorwürfe der Opposition zurückzuweisen. In erheblichem Maße seien Gehaltskürzungen der Beamten vorgenommen, vor allem deshalb, um den Erwerbslosen helfen zu können. Im Senat empfindet man die Not der Erwerbslosen genau so schwer, man solle aber die Not dieser Unglücklichen nicht mißbrauchen, um politische Geschäfte damit zu machen. Der außenpolitische Kurs sei in keiner Weise geändert worden; dessen Ziel sei die Freihaltung der Freien Stadt von schädlichen Einflüssen und die Zurückweisung unberechtigter Ansprüche gegen die Freiheit und Unabhängigkeit Danzigs.

Wenn die Opposition unter sozialer Politik sozialistische oder marxistische Politik verstehe, dann könne die Regierung allerdings nicht mit, denn sie sei der Meinung, die beste Sozialpolitik sei eine gesunde Wirtschaftspolitik.

Alles, was die Regierung tut, entspringt dem eisernen und festen Willen (Abg. Plenikowski: Aber Not bricht Eisen!), Staat und Volk zu erhalten (mit erhobener Stimme fortfahrend):

> **Wenn Sie uns die Fortsetzung dieser Politik nicht ermöglichen, uns die Mittel aus der Hand schlagen, uns Beschlüsse aufzwingen, die den Staat zerstören und zahlungsunfähig machen würden und damit das Los aller Unglücklichen noch mehr erschweren, und wenn Pflicht und Ehre es uns nicht mehr gestatten, weiter auf unseren Posten zu bleiben, wenn dieser Zeitpunkt eintritt, werden wir unsere Mandate, die wir vom Volkstage erhalten haben, in Ihre Hände zurücklegen. Solange aber tun wir, was unser Pflichtgefühl uns gebietet Die Verantwortung für die Zerstörung des Staates werden wir nicht tragen.**

*

1200000 Gulden für polnische Schulkinder in Danzig.

Wie die polnische Sanierungspresse erfährt, wird die Polnische Regierung entsprechend der in Genf zustande gekommenen polnisch-Danziger Verständigung für den den polnischen Kindern in Danzig erteilten Schulunterricht an den Senat der Freien Stadt 1 200 000 Gulden zahlen. Danzig hatte 2,5 Millionen Gulden gefordert, Polen war aber mit der Höhe dieses Betrages nicht einverstanden. Der Betrag von 1,2 Millionen Gulden soll an den Danziger Senat am 1. April 1933 abgeführt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

B. D. Sie haben u. E. keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, da diese eine 6monatige Wartezeit, d. h. eine Versicherung von mindestens sechs Monaten im Verlaufe des letzten Jahres, vom Eintritt der Arbeitslosigkeit rückwärts gerechnet, zur Voraussetzung hat. Militärische Übungen stellen zwar eine Unterbrechung dar, um die sich die obige Jahresfrist verlängert, aber u. E. ist die Ableistung der militärischen Dienstpflicht nicht gleichbedeutend mit „militärischen Übungen". Immerhin empfiehlt es sich, sich beim Arbeitsamt zu melden.

L. K., Kolaczkowo. Sie zahlen an staatlicher Grundsteuer dasselbe, was Sie bisher gezahlt haben, denn die Verordnung vom 12. April 1924, wodurch diese Steuer um 100 Prozent erhöht wurde, besteht nach wie vor. Welche Zuschläge Ihre Dorfgemeinde oder Ihr Kreis zu dieser Staatssteuer erheben, wissen wir nicht, da diese Zuschläge, wenn sie überhaupt erhoben werden, nicht überall dieselben sind. Dorfgemeinden können bis zu 40 Prozent Zuschläge erheben, Kreise bis zu 50 Prozent.

Wilhelm N. in Dz., pow. Toruń. Wenn Sie als Erbe des Vaters die Wirtschaft übernommen haben, so haben Sie auch die Rechte und Pflichten, die Ihr Vater resp. das Grundstück der Molkerei gegenüber hatte, übernommen. Beides war für Sie solange bindend, bis Sie das Verhältnis nach den Vorschriften des Statuts kündigten. Da Sie nach Ihrer Angabe noch nicht Ihren Austritt erklärt haben, sind Sie noch Mitglied und deshalb an die Pflichten eines solchen gebunden.

„Patent Nakło 32". 1. Nach der letzten Novelle zum Gewerbesteuergesetz werden Sie ein Patent lösen und auch Umsatzsteuer zahlen müssen. Das Patent kostet für Ihren Ort 4 Złoty und die Umsatzsteuer beträgt vom 1. 1. 1933 ab 1 Prozent des Umsatzes. 2. Den Beamten können Sie nicht haftbar machen, Sie können sich nur an den Kaufmann halten.

H. M. 227. Eine polizeiliche Genehmigung ist nicht erforderlich, aber eine Mitteilung an die Ortspolizeibehörde empfiehlt sich, damit nicht etwa infolge des Andrangs eine Störung der öffentlichen Ordnung erfolgt. Geistige Getränke dürfen dabei auch nicht gratis verabfolgt werden, weil das als Anreiz zum Bieten aufgefaßt werden könnte. Vor der Auktion müssen die Bedingungen für das Bieten bekanntgegeben werden.

„Mandus". Es kann Sie niemand zur Ehe zwingen, auch wenn Sie Ortsarmer sind. Damit erledigen sich alle anderen Fragen. Wie Sie zu der Dame stehen, darüber haben Sie niemandem Rechenschaft abzulegen, und jede Intervention eines Dritten können Sie sich verbitten. Eine gerichtliche Entscheidung kommt nicht in Frage, denn weder Sie noch ein anderer kann das Gericht zur Entscheidung anrufen, da eine Streitfrage, die zu entscheiden wäre, gar nicht vorhanden ist.

Rundfunk 100. Die Gemeinde hat in Sachen der Militärsteuer nichts zu sagen. Wenn Sie nichts haben, kann man Ihnen nichts nehmen, denn wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren. Der Vater kann wegen Ihrer Steuer nicht gepfändet werden.

„Lu". 1. Die gesetzliche Miete ist 46,12 Złoty monatlich. Mehr brauchen Sie nicht zu zahlen. Wenn der Vermieter bei Ihrem Einzug damit einverstanden war, daß Sie Pensionäre halten, kann er Ihnen das jetzt nicht verwehren. 2. Wenn beim Mieten monatliche Zahlung vereinbart wurde, ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig. Auf Grund des Mieterschutzgesetzes kann der Vermieter aber nur kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorhanden ist.

„Frida 7". Von dem jetzigen Eigentümer können, wenn er nicht persönlicher Schuldner ist, nur 18¾ Prozent verlangt werden. Ist das aber auch sicher, daß der jetzige Eigentümer nicht persönlicher Schuldner ist? Daß das Grundstück sich schon in dritter Hand befindet, ist kein Beweis dafür. Was die 18¾ Prozent ausmachen, können wir nicht sagen, da wir nicht wissen, in welchem Vierteljahr 1918 die Forderung entstanden ist, und der Wert der deutschen Mark auch schon im Jahre 1918 nicht immer derselbe war. Im 1. und 2. Quartal war 1,20 Mark = 1 Złoty, im 3. Quartal war das Verhältnis 1,30 Mark = 1 Złoty und im 4. Quartal 1,50 Mark = 1 Złoty. Wir stellen Ihnen anheim, uns das Datum der Entstehung der Forderung anzugeben. Die Zinsen für 1926 und 1927 sind verjährt, und am 31. 12. 1932 verjähren auch die Zinsen für 1928, wenn Sie nicht diese Zinsen, nämlich die für 1928, noch in diesem Dezember einklagen resp. dem Schuldner dieserhalb einen Zahlungsbefehl schicken. (Wenn der Gläubiger, der nach Ihrer Angabe in Deutschland wohnt, Reichsdeutscher ist, so ist eine Verjährung der Zinsen noch nicht eingetreten, da sie lange Zeit gehemmt war.) Was die Höhe des Zinsfußes anlangt, so kann nur derjenige in Frage kommen, der bei der Entstehung der Forderung vereinbart worden ist. Wenn Ihre Angaben über den jetzigen Wert des Grundstücks richtig sind, so können von dem persönlichen Schuldner 81¼ Prozent verlangt werden.

999. 1. Weder Sie noch Ihr Mann ist zu einem solchen Rechtsgeschäft berechtigt ohne Einwilligung des Miteigentümers. 2. Die jungen Leute können jederzeit, also vor der Heirat sowohl wie auch nach der Heirat, einen Ehevertrag schließen, worin sie bestimmen können, was sie wollen. Ihr Heiratsgut kann Ihre Tochter dadurch schützen, daß sie es im Ehevertrag als Vorbehaltsgut erklärt. Dieses ist dann von dem Gesamtgut ausgeschlossen. Diese Ausschließung muß aber im Güterrechtsverzeichnis des zuständigen Gerichts (sąd grodzki) eingetragen werden. 3. Durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag mit Ihnen und Ihrem Mann können Ihre Kinder zugunsten Ihrer anderen Erben auf das Erbrecht verzichten.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 14. Dezember.

Königswusterhausen.

06.35—08.00: Von Berlin: Konzert. 09.30: William Wauer: Beschäftigungsstunde für Unbeschäftigte. 10.10—10.35: Schulfunk. Friedel Hintze: Wie die Weihnachtslieder entstanden. 11.30: Lehrgang für praktische Landwirte. Betriebswirtschaftliche Fragen (I): Landw.-Rat Burlein: Allgemeine Gesichtspunkte für die Wirtschaftseinrichtung. 12.05 ca.: Von deutscher Art und Kunst (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Felix Timmermans: St. Nikolaus in Not. 15.45: Frauenstunde. Greta Daeglau: Der bunte Teller in Nord und Süd. 16.00: Pädagogischer Funk. Rektor Johannes Kayser: Tägliche Übungen im Deutschunterricht der Volksschule. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Weltanfang und Weltende in den Religionen der Völker (III): Prof. Lohmeyer, Breslau: Die europäischen Religionen. 18.00: Finnische Musik. Kosti Vehanen, Teddy Björkman. 18.30: Dr. F. Thierfelder, Generalsekretär a. d. Deutschen Akademie, München: Die Verbreitung der deutschen Sprache in der Welt (I). 18.55: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. Anschl.: Englischer Unterricht. 19.35: Stunde des Beamten. Steueramtmann Potzel: Verwaltungsreform und Reichssteuerverwaltung. 20.00: Aus dem Hotel Esplanade: Unterhaltungsmusik. Kapelle Barnabas von Geczy. 20.30: A. d. Meistersaal: Übertragung vom Dichterabend der Fichte-Gesellschaft: Max Mell liest aus eigenen Werken. 20.55: Unterhaltungsmusik (Fortsetzung). 21.20: Von Mühlacker: „Die Jagd nach dem Gold des Kapitän Kid". 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.45: Deutscher See-Wetterbericht. Anschl. bis 24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Berlin: Konzert. 08.15 ca.: Wetter. Anschl.: Funkgymnastik. 11.30 ca.: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 11.50: Von Leipzig: Konzert. 13.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Schallplatten. 16.00: Abschluß der katholischen Mission. 17.00: Die Sintflut in der Geologie und in der menschlichen Überlieferung. 17.20: Vierhändige Klaviermusik. Maria Schink; Bruno Sowa. 17.50: Geschichten vom Jazzek. 18.10: Zur Unterhaltung. Elly Neubeck, Chansons; Flügel: Franz Kauf. 18.40: Konzert. 19.30: Von Hamburg: Sinfonische Tänze. 20.55: Zu Unterhaltung und Tanz. Funkkapelle. 22.40—24.00: Von Königsberg: Unterhaltungskonzert.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Schallplatten. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Landmaschinenfunk. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 13.05: Unterhaltungskonzert. 15.20: Praktische Winke — und Erfahrungsaustausch von einer Hausfrau. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Von Danzig: Elternstunde. 16.30: Konzert. 17.50: Volksgesundheitspflege. 18.30: Von Danzig: Schummerstunde. 19.00: Bridge-Unterricht. 19.25: Wetter. 19.30: Tanzabend. 21.10: „Urwald", Hörspiel von Fred v. Hoerschelmann. 22.10: Wetter, Nachr., Sportberichte. Anschl. bis 24.00: Von Danzig: Unterhaltungskonzert.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.00: Leichte Musik. 20.00: Von Lemberg: Chorkonzert. 21.05: Klaviervortrag. 22.05: Lieder von Schubert, Schumann und Brahms (Ruszkowska, Sängerin). 23.00—24.00: Tanz- und leichte Musik.

Der Fall Gregor Strasser.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der „Angriff“, das bekannte Organ des Berliner Parteiführers Dr. Goebbels, knüpft an die parteiamtliche Mitteilung von der Beurlaubung Gregor Strassers einen Kommentar, in dem folgender Satz enthalten ist: „Ob ein Gregor Strasser beurlaubt wird oder nicht, das kann niemals etwas daran ändern, daß die NSDAP zielklar und kompromißlos ihren Weg weitergeht.“ Man mag zu der nationalsozialistischen Bewegung eingestellt sein wie man will, aber diese Begleitmusik zum Falle Strasser ist auf einen falschen Ton abgestimmt. Der bisherige Reichsorganisationsleiter der NSDAP, der dieses Amt über fünf Jahre innegehabt hat, ist nicht „ein“ Gregor Strasser schlechthin, sondern „der Gregor Strasser, der sich seit Jahren und namentlich in der letzten Zeit als einer der fähigsten Köpfe und stärksten Persönlichkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung erwiesen hat. Wenn er daher jetzt alle seine Ämter niederlegt, obendrein in einem Augenblick, in dem für die Hitler-Bewegung eine entscheidungsschwere Epoche beginnt, so ist dies unter keinen Umständen eine Bagatelle, die man mit einer Handbewegung abtun kann — weder bei den Gegnern noch bei den Anhängern Hitlers.

Aber ist der Fall Strasser ein Symptom? Das etwas banale Sprichwort von der einen Schwalbe, die noch keinen Sommer macht, hat im politischen Leben eine Parallele: daß der Austritt einer in einer Bewegung führenden Persönlichkeit noch nicht deren Auflösung oder gar Zerfall bedeutet. Absplitterungen und Spaltungen sind politische Erscheinungsformen, die sich immer von neuem wiederholen. Sie treten sogar mit logischer Folge dann auf, wenn Bewegungen oder Parteien derartig groß geworden sind. daß sich die Vielheit der Köpfe und Meinungen nicht mehr unter einem Parteihut vereinigen läßt. Das haben wir bei der Sozialdemokratie erlebt, als sie im Zenith ihrer Macht stand, das hat sich bei den Kommunisten wiederholt und wird auch bei den Nationalsozialisten nicht ausbleiben.

Gregor Strasser hat sich, seitdem er zur nationalsozialistischen Bewegung gestoßen war, als der Vertreter des deutschen Sozialismus bekannt. Allerdings ist sein Sozialismus etwas anderes, als es der internationale Sozialismus nur mit anderen Vorzeichen ist oder sein könnte. Sein Sozialismus symbolisiert sich für ihn, den süddeutschen Katholiken, wie er einmal selbst erklärt hat, im Kölner Dom. Sozialismus war für ihn bereits in der alten deutschen Beamtenschaft und im alten deutschen Heere verkörpert. Heute erstrebt er die Erweiterung der sozialen Front, für die nach seiner Meinung bereits Vierfünftel zur Verfügung stehen. Unter Sozialismus versteht er nicht die Errichtung einer einseitigen Parteidiktatur, sondern die Zusammenarbeit aller Arbeitnehmer der Faust und des Hirns, ganz gleich, in welchem Lager sie stehen. Deshalb betreibt er die Verbindung aller gewerkschaftlichen Organisationen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, wobei er, ideell gesehen, seinem jüngeren Bruder Otto Strasser, dem bekannten Führer der Schwarzen Front, der sich bereits 1930 von Hitler getrennt hat, immer näher zu kommen scheint. Auf diesem Wege erhofft er die Neuformung und Umbildung des deutschen Volkes in politischer und sozialer Hinsicht.

Der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt Strassers, der von Hitler zunächst in einem Erholungsurlaub umgedeutet wurde, dann aber zur Neubesetzung seines wichtigen Amtes führte, war angeblich die Tatsache ,daß Hitler im letzten Augenblick an Stelle des seit langem für diesen Posten vorgesehenen „Reichsorganisationsleiters“ Gregor Strasser den gegenwärtigen Reichstagspräsidenten Goering als Kandidaten für den preußischen Ministerpräsidenten benannt hatte. Es ist kaum noch daran zu zweifeln, daß zwischen den Nationalsozialisten, dem Zentrum und — dem Reichskanzler von Schleicher Verhandlungen geführt wurden, die noch in diesem Monat eine Beendigung der Preußenkrise zur Folge haben sollten. Der Kanzler hoffte es erreichen zu können, daß Gregor Strasser von den beiden stärksten Parteien des Landtags zum Ministerpräsidenten gewählt würde, wobei man ihm gleichzeitig die Stellung eines Reichsministers ohne Portefeuille und das Amt des Vizekanzlers im Reichskabinett angeboten hätte. Der Reichsinnenminister Dr. Bracht sollte dann (gewissermaßen als Kandidat des Zentrums) in Personalunion auch noch die Leitung des Preußischen Innenministeriums übernehmen. Auf diese Weise dachte man die Preußenkrise parlamentarisch zu lösen, ohne dabei den „autoritären“ Wunsch des Reichspräsidenten auf Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen zu behindern. Gregor Strasser und nach ihm Dr. Frick sollen sich persönlich zur Übernahme des Ministerpräsidiums unter der oben erwähnten Erweiterung der Amtsbefugnisse bereit erklärt haben. Sie drangen jedoch mit ihren Ansichten im Führerrat nicht durch. Gregor Strasser vertrat zusammen mit dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Frick, gewissermaßen die revisionistische und opportunistische Richtung im Gegensatz zu Goebbels und Goering, die den radikalen und revolutionären Flügel führen. Wenn also zuletzt nur noch von einer Kandidatur Goerings für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten gesprochen wurde, so war damit gleichzeitig gesagt, daß die Kandidatur von der gleichzeitigen Übernahme eines Reichsministeriums unbeschwert gedacht war, solange der Kanzler nicht Adolf Hitler hieß. Mit dieser Abwehrstellung gegenüber dem Kabinett Schleicher konnte sich wieder das Zentrum nicht befreunden, so daß mit dem Hinfälligwerden der Kandidaturen Strasser und Dr. Frick die baldige Lösung der preußischen Regierungskrise wahrscheinlich illusorisch geworden ist.

Man wird sich aber davor hüten müssen. den Anlaß dieses Streites mit seiner wahren Ursache zu verwechseln. Der Grund des jetzt offen zutage getretenen Konfliktes liegt weit zurück. Mochte früher einmal, im Jahre 1929, zwischen Hitler und Strasser ein Gegensatz bestanden haben wegen ihrer verschiedenen Auffassung über die von der Partei zu verfolgende sozialistische Linie, so war er jetzt lange nicht mehr aktuell. Die letzten Kämpfe, die Strasser und mit ihm zusammen Dr. Frick gegen die übrigen Teile der nationalsozialistischen Führerschaft ausfochten, galten viel mehr der realpolitischen Wendung, welche sie herbeiführen wollten. Goebbels und — in letzter Zeit — auch Goering waren es, die nach wie vor den Anspruch der Partei auf absolute Führung, also auf vollkommen freie Hand für die Neugestaltung des Staates aufrechterhielten, sie setzten sich mit dieser Auffassung auch durch. Ihr wichtigster Erfolg liegt am Anfang August dieses Jahres. Bis zu diesem Termin, also bis knapp vor die denkwürdige Unterredung beim Reichspräsidenten am 13. August hielt Hitler daran fest, im Hintergrunde zu bleiben, andere Männer aus seinem Führerstabe in die Reichsregierung zu schicken und der große Volksmann mit der Anwartschaft auf die Nachfolge Hindenburgs zu bleiben. Damals gelang es Goebbels und Goering, ihn im letzten Augenblick umzustimmen. Dadurch aber, daß Hitler die Kanzlerschaft mit großen Vollmachten für sich verlangte, ging die Möglichkeit des Einsatzes im geeignetsten Augenblick — die Nationalsozialisten verfügten damals über 229 Mandate — verloren. Die Quittung für diese Haltung war der Verlust von 32 Mandaten bei den Reichstagswahlen vom 6. November. Das Spiel vom 13. August wurde nach dem 6. November in aller Form zu Ende gespielt. Der Anspruch Hitlers auf die Kanzlerschaft, den ihm Hindenburg nur unter gewissen Bedingungen zugestehen wollte, wurde aufrechterhalten.

Jetzt, nachdem Schleicher das Reichskanzleramt übernommen hat, bietet sich noch einmal eine Gelegenheit für die Nationalsozialisten, mit der Staats- und Armeeführung zu einem Ausgleich zu kommen. Strasser war nun der Meinung, der 6. November habe bewiesen, daß der Anspruch auf unbeschränkte Vollmachten für einen Kanzler Hitler nur zu einer weiteren Gefährdung der Partei führen könne.

Gregor Strasser stammt aus Oberbayern, wo er am 31. März 1892 in Geisenfeld geboren wurde. Nach dem Besuch der Gymnasien in Traunstein und Burghausen bereitete er sich in dreijähriger Lehrzeit auf den Apothekerberuf vor. Das Studium auf den Universitäten in München und Erlangen wurde durch den Krieg unterbrochen, den er als Kriegsfreiwilliger im 1. Bayerischen Feldartillerie-Regiment mitmachte. Er zeichnete sich derart aus, daß er bereits nach kurzer Zeit Offizier und Bataillonsadjutant wurde. Nach dem Kriege beendete er zunächst sein Studium und approbierte 1919 als Apotheker. Er betätigte sich in der Münchener Einwohnerwehr und schloß sich im Februar 1921 der NSDAP an, in der er bald als Führer des Gaues Niederbayern eine führende Stellung errang. Beim Hitler-Putsch am 9. November 1923 verteidigte er die Wittelsbacher Brücke. Nach der Niederschlagung des Putsches wurde er verhaftet und nach Landsberg am Lech in Untersuchungshaft gebracht. Er mußte jedoch wieder freigelassen werden, als er im April 1924 in den Bayrischen Landtag gewählt wurde. Im Dezember des gleichen Jahres erfolgte auch seine Wahl zum Reichstag, dem er bis heute angehört. Als nach Hitlers Freilassung aus der Festungshaft die NSDAP neu organisiert wurde, erhielt Gregor Strasser den Posten des Reichspropagandaleiters. Im Januar 1927 wurde er Reichsorganisationsleiter, ein Amt, das er bis jetzt ununterbrochen bekleidete und das nunmehr Hitler selbst übernommen hat.

*

Was im Strasser-Brief gestanden haben soll...

Aus dem Brief, den Gregor Strasser am Donnerstag an Hitler gerichtet hat, werden jetzt einige Einzelheiten bekannt. Er soll in dem Brief darauf hingewiesen haben, daß zwar draußen in der Partei die weltanschaulichen Gesichtspunkte besonders in den Vordergrund gerückt würden, daß aber in der Parteileitung keineswegs unbedingt entsprechend diesen Grundsätzen gehandelt würde. Ihm als Reichsorganisationsleiter seien von anderen Stellen der Parteileitung wiederholt Schwierigkeiten gemacht worden, die seine Autorität untergraben hätten, was gerade bei einer Partei, die so sehr die Führerautorität in den Vordergrund stelle, besonders zu verurteilen sei. Auch mit der großen staatspolitischen Linie, die die Partei jetzt zu verfolgen scheine: nämlich Deutschland erst ins Chaos stürzen zu lassen und erst dann die nationalsozialistische Aufbauarbeit zu beginnen, könne er sich nicht einverstanden erklären. Deshalb wolle er seine Parteiämter niederlegen, sein Reichstagsmandat zur Verfügung stellen und als einfacher Soldat in die Bewegung zurücktreten.

Dieses Schreiben soll Hitler in den frühen Nachmittagsstunden des Donnerstag übergeben worden sein. Hitler habe den Brief zurückgeben wollen; doch wäre Strasser bereits abgereist gewesen, angeblich nach Südtirol. Darauf hätte Hitler die Beurlaubung auf drei Wochen ausgesprochen.

Man wird diese Mitteilungen freilich nur mit Vorsicht aufnehmen können, vor allem auch die in einem Teil der Presse verbreitete Version, daß Gregor Strasser in seinem Brief an Hitler erneut gegen die Führung der SA durch den Stabschef Röhm protestiert haben soll.

Von einem Austritt Gregor Strassers aus der Partei ist selbstverständlich keine Rede. Er hat auch nicht auf sein Reichstagsmandat verzichtet. Eine Bereinigung des Konflikts nach dem besagten „Urlaub von drei Wochen“ liegt noch durchaus im Bereich der Möglichkeit.

*

Treue-Kundgebung für Hitler.

Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion

versammelte sich nach Schluß der Reichstagssitzung in der Dienstwohnung des Reichstagspräsidenten Goering, um dort in Gegenwart des Parteiführers Hitler den Fall Strasser und die politische Lage zu behandeln. Gegen

Mitternacht wurde über die Fraktionssitzung **folgender** parteioffizizióser Bericht ausgegeben:

„Die nach Beendigung der Reichstagstagung abgehaltene Sitzung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, an der Adolf Hitler teilnahm, gestaltete sich zu einer überaus eindrucksvollen Treuekundgebung der gesamten Fraktion für den Führer.

Die Sitzung erbrachte den untrüglichen Beweis, daß die nationalsozialistische Bewegung durch keinerlei Ereignisse, von welcher Seite auch immer sie kommen mögen, auch nur berührt werden kann.

Nachdem der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick die Behauptungen einer gewissen Presse, wonach er und andere Mitglieder der Fraktion dem Führer die Gefolgschaft versagt hätten, als gemeine Lügen gebrandmarkt hatte, wiederholte er namens der gesamten Fraktion das Gelöbnis unwandelbarer Treue zum Führer und Schöpfer der Bewegung Adolf Hitler.

Der Führer hielt sodann eine Ansprache an die Fraktion, die in der Feststellung ausklang, daß die Kraft und Stärke der NSDAP in erster Linie in der Treue liege, in Zusammenhalt auf Leben und Tod, woran alle Angriffe zerschellen müssen.

Der Reichstagspräsident Goering erklärte unter stürmischer Zustimmung der Fraktion, daß sich in dieser Stunde nicht nur die Führer und Abgeordneten der NSDAP., sondern die gesamte Bewegung, auch seelisch, um ihren Führer schare.

Die gesamte Fraktion umringte darauf spontan den Führer und brachte ihm außerordentlich stürmische Ovationen dar. Jedes einzelne Mitglied empfand das Bedürfnis, dem Führer auch noch persönlich das Gelöbnis der Treue in die Hand abzulegen.

Darüber hinaus gab die Reichstagsfraktion auch noch formell die einmütige Erklärung ab, daß sie geschlossen hinter ihrem Führer Hitler stehe.“

*

„Der Vorstand der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Preußen

gibt bekannt, daß er nach wie vor unverbrüchlich treu zu Hitler und zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei steht. Dasselbe gilt für alle 162 Abgeneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Preußischen Landtag. Gerade angesichts der Zersetzungsbestrebungen des Judentums und der Reaktion ist diese Stellungnahme der preußischen Landtagsfraktion eine unbedingte Selbstverständlichkeit.

Wilhelm Kube. Hinrich Lohse. Heinz Haake.“

*

Sämtliche Gauleiter und Landesinspekteure

haben folgende Erklärung unterzeichnet: „Die Beurlaubung des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser wird von allen Feinden Deutschlands dazu benutzt, die Hoffnung zu nähren, daß das deutsche Bollwerk des Nationalsozialismus, das kein Angriff von außen her erschüttern konnte, durch Spaltung sich selbst vernichten könnte. Die Feinde Deutschlands hoffen vergebens! Die Landesinspekteure und Gauleiter der NSDAP., die als die ältesten und treuesten Mitarbeiter des Führers die Organisation aufbauten und heute verantwortlich leiten, stehen in nicht zu erschütternder Treue zum Schaffer und Führer der Bewegung. Die PO. steht fester denn je in Liebe und Verehrung zu Adolf Hitler.“

*

Der Stabschef der SA., Hauptmann a. D. Röhm,

gibt folgende Erklärung bekannt:

„An die SA. und SS.! Der Führer wird, veranlaßt durch die Beurlaubung Gregor Strassers, eine Reihe organisatorischer und personeller Änderungen in der politischen Gliederung der Bewegung durchführen. SA. und SS. werden durch diese Maßnahme nicht berührt. Als die Kerntruppe der Bewegung stehen sie, ihrer Verpflichtung und Verantwortung bewußt, in Treue und Geschlossenheit vor dem Führer.“

Gleichzeitig erklären die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten **Rosenberg, Dr. Frick und Hierl** die Meldung eines Berliner Spät-Abendblattes, daß sie sich von der Politik zurückziehen würden, für frei erfunden.

*

Gottfried Feder,

der Wirtschaftstheoretiker der NSDAP, dem das Wort von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ seine Entstehung verdankt, dessen Bedeutung — gerade auch für die ersten Anfänge der Partei in Hitlers Buch „Mein Kampf“ besonders

anerkannt wird, hatte den Nachrichtenbureaus am Freitag folgende Erklärung zugehen lassen:

„Reichstagsabgeordneter Gottfried Feder hat Adolf Hitler in einem Brief um einen mehrwöchigen Urlaub ersucht. In diesem Brief fragt Feder, ob die ihm von Gregor Strasser eröffnete Mitteilung über die von Hitler beabsichtigte Auflösung der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der NSDAP und der Ingenieurtechnischen Abteilung, deren Leiter Gottfried Feder ist, als endgültige Maßnahme anzusehen sei. Feder weist darauf hin, daß eine Auflösung der wirtschaftspolitischen Abteilung als Verzicht der NSDAP auf ihr wichtigstes Gegenwartsziel „Arbeit und Brot" angesehen würde. Hieraus sei eine so ungeheure Abwanderung der sehnlichst auf Besserung der Wirtschaftslage hoffenden Wählermassen zu besorgen, daß dadurch die Stoßkraft der NSDAP gefährdet erscheine." —

Unmittelbar nach Veröffentlichung dieser Meldung muß es zu einer Verständigung zwischen Hitler und Feder gekommen sein; denn schon am Sonnabend wird von der Pressestelle der NSDAP folgende Erklärung Gottfried Feders verbreitet:

„Gegenüber den in der Öffentlichkeit verbreiteten Meldungen und unzutreffenden Auffassungen über mein Verhältnis zur NSDAP und über meine Haltung gegenüber ihrem Führer Adolf Hitler gebe ich die Erklärung ab, daß ich auf Ehre und Gewissen in Treue und unerschütterlicher Ergebenheit hinter meinem Führer Adolf Hitler stehe."

*

Der „Völkische Beobachter"

kündigt an, daß ab 1. Januar 1933 eine neue Norddeutsche Ausgabe und eine Berliner Ausgabe des Blattes im Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger, Niederlassung Berlin, erscheinen werden. Beide Ausgaben werden in Berlin in eigener Druckerei gedruckt; als Herausgeber zeichnet Adolf Hitler.

Der „Völkische Beobachter" soll in Berlin morgens, der „Angriff" abends erscheinen. Trotz dieser Arbeitsteilung wird in verschiedenen reichsdeutschen Blättern betont, daß der ausschließliche Einfluß, den Dr. Goebbels durch seinen „Angriff" auf die Berliner Parteimitglieder ausüben kann, durch die Norddeutsche Ausgabe des „Völkischen Beobachters" zum mindesten kontrolliert werden soll.

Was wird aus Lodz?

Nach amerikanisch anmutendem Aufstieg — jäher Niedergang. Die Strukturkrise — die Hauptquelle der gegenwärtigen Notlage. Ist das polnische Manchester noch zu retten?

Die Hiobsnachrichten, die in den letzten Wochen fast täglich aus Lodz einlaufen — Auslieferung des bedeutendsten Industrieunternehmens Scheibler & Grohmann an das Ausland, Stillegungen der größten Betriebe, unaufhörliche Arbeiterentlassungen und im Zusammenhang damit drohender Generalstreik — zeigen mit greller Deutlichkeit die Schwere des Existenzkampfes, den Textillodz ‚das industrielle Herz Mittelpolens, seit Jahr und Tag führt. **Eine katastrophale Produktions- und Absatzkrise macht das „polnische Manchester" schon seit der neuen Grenzziehung durch,** durch welche dieses mächtige Textilzentrum von dem schier unermeßlichen natürlichen Absatzgebiet Rußland abgetrennt und dem etwa sechsmal kleineren polnischen Hinterland einverleibt wurde. In den 14 Jahren seit Kriegsende handelte es sich in der Hauptsache um konjunkturelle Wandlungen: auf die ersten trostlosen Nachkriegsjahre folgte im Taumel der Inflationsperiode eine kurze Aufschwungsperiode, die mit der Währungsstabilisierung 1924 ein jähes Ende erfuhr, um 1926 wieder von einer Hochkonjunktur abgelöst zu werden, die etwa bis Anfang 1929 anhielt, von da ab datiert ein unaufhörlicher Niedergang; **heute aber droht Lodz eine Katastrophe, die über Sein oder Nichtsein dieser industriellen Hochburg entscheidet.**

Will man die geradezu aussichtslose Situation, in die die Lodzer Textilindustrie nunmehr hineingeraten ist, verstehen, muß man ein wenig den Blick nach rückwärts wenden. Vor ungefähr hundert Jahren, aus ganz kleinen Anfängen entstanden — deutsche Industrielle gründeten hier die ersten handwerksmäßigen Unternehmungen —, ohne Rohstoffunterlage — Kohle muß aus Oberschlesien, Baumwolle aus Amerika geholt werden —, hat Lodz dank der ungeheuren Absatzmöglichkeiten im früheren Rußland eine geradezu amerikanisch anmutende Entwicklung genommen. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts entstanden hier Mammutbetriebe, die an Größe, Aufmachung und industrieller Ausrüstung kaum ihresgleichen im übrigen Europa fanden. Die großen Unternehmungen, wie etwa Scheibler & Grohmann, Poznański, „Widzew" und andere zählten zu den größten Textilfirmen der Welt und beschäftigten jedes mehr als 10 000 Arbeiter. Diese großen Betriebe verfügten über einen Absatzmarkt, der sich über das europäische und asiatische Rußland bis zu den Ufern des stillen Ozeans hinstreckte und dessen Bewohner kauffrohe Abnehmer gerade für die in Massen erzeugten billigen Erzeugnisse der Lodzer Textilindustrie waren. Insbesondere die Lodzer bedruckten Kattune, die Massen- und Ramschwaren kamen bis Turkestan, Sibirien und die Mongolei. **Der Weltkrieg bedeutete das jähe Ende dieses märchenhaften Aufschwunges.** Mit der neuen Grenzziehung im Jahre 1918 vollends verlor die Industrie mit einem Schlage ihr natürliches Hinterland. Krampfhafte Bemühungen der Polnischen Regierung, einen Handelsvertrag mit Sowjetrußland zustande zu bringen, sind bis zum heutigen Tage an dem Desinteressement des östlichen Nachbarn gescheitert, der sich im Interesse seiner eigenen industriellen Entwicklung handelspolitisch vollständig gegen die Einführung polnischer Fertigwaren abgesperrt hat. Die Lodzer Textilindustrie, deren Produktion schon zu einem Zehntel genügt, um den Inlandsbedarf zu decken, mußte also, wollte sie ihre Produktion nicht auf einen Bruchteil der Kapazität einschränken, sich neue Absatzmärkte in Südosteuropa, in den Randstaaten und selbst in Ostasien erobern, ohne dort aber auch nur teilweise einen Ersatz für das verlorene Rußland zu finden.

Auf der Suche nach neuen Absatzgebieten mußte Lodz aber mit anderen Industriestaaten konkurrieren, die zwei wichtige Dinge ihm voraus hatten: nämlich Geld, d. h. Betriebskapital und Maschinen neuester Konstruktion, d. h. Verbilligung der Produktion durch Rationalisierung der Betriebe. Der deutsche, englische, amerikanische oder tschechische Textilindustrielle arbeitete mit einem Betriebskapital, das er höchstens mit 4—6 Prozent verzinsen mußte. Dazu liefen die Kundenwechsel meist nicht länger als höchstens drei Monate. Der Lodzer Indurielle, dessen eigene Betriebskapitalien fast durchwegs durch Krieg und Verluste in der Nachkriegszeit aufgezehrt waren, war auf die relativ teuren Kredite der Bank Polski und der Staatsbanken angewiesen, deren Rate sich durchschnittlich zwischen 9—12 Prozent bewegte, während er bei den Privatbanken sogar Sätze bis zu 15 Prozent bezahlen mußte. Dazu kommt noch, daß er für seine Ware Wechsel mit einer Laufzeit von 12—14 Monaten erhielt, die er im Falle dringenden Geldbedarfes — bei Steuerterminen, Lohnauszahlungen — gegen 2—2,5 Prozent pro Monat diskontieren mußte.

Um die durch den Krieg vernichteten Produktionswerkstätten wieder aufzubauen, mußten ferner bei dem Mangel des hierfür im Inland nötigen Kapitals Gelder im Ausland aufgenommen werden. Amerikanisches, französisches, belgisches, italienisches und zum Teil auch deutsches Kapital wurde mobilisiert.

Der große russische Absatzmarkt aber blieb ein für alle Mal verloren. Der Zinsen- und Kapitaldienst dieser zu hohen Zinsen aufgenommenen Anleihen verschlang aber gewaltige Summen. Dazu kamen die Riesenbeträge für Rohstofflieferungen an Amerika und andere Bezugsländer, die infolge des Fehlschlages der auf eine Geschäftsbelebung gesetzten Hoffnungen gleichfalls nicht bezahlt werden konnten. Die gewaltige Last der unerträglich hohen Steuern und die überdimensionierung der sozialen Lasten ist ein übriges, um die Schuldenlast der einzelnen Unternehmungen immer höher ansteigen zu lassen. Während der Inlandsabsatz infolge der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung von Jahr zu Jahr immer mehr zusammenschrumpfte, scheiterten alle Exportforcierungsversuche an der fortschreitenden Abschließung der Absatzmärkte durch hohe Zölle und Einfuhrverbote und an dem stürmischen Prozeß des Ausbaues der Textilindustrie in den Nachbarländern (Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn). Die polnische Textilausfuhr, als ausgesprochener Notexport zu einem erheblichen Teil zu Selbstkostenpreisen und oft auch noch darunter, hat sich gegenüber dem Vorjahre, wo sie in den ersten zehn Monaten noch 121 Mill. Zloty betrug, um mehr als die Hälfte verringert. Dazu kam noch, daß infolge der wilden Konkurrenz zwischen den 1500 großen und kleinen Fabriken immer wieder Überproduktion entstand, verbunden mit Schleuderpreisen, so daß eine systematische Umstellung auf die geänderten Absatzbedingungen nicht durchgeführt werden konnte. Der Versuch einer Preis- und Absatzkonvention wenigstens zwischen den Hauptunternehmen der Baumwollbranche blieb erfolglos, da sich gerade die größten Betriebe hiervon ausschlossen. Unter den durch diese Konkurrenzverhältnisse bedingten Schwankungen der Konjunktur ließ die Qualität der Lodzer Produktion so nach, daß die Konkurrenzindustrien der Nachbarländer mit ihren Produkten immer stärker durchdrangen. Zu all diesem Unheil kam noch der Preisfall aller Rohstoffe, der einen empfindlichen Preisdruck auf die Fertigwaren auslöste, während die Löhne, die Verschuldung der Unternehmungen, die Kosten der Weiterverarbeitung und selbstverständlich die Steuern sich nirgends den Ermäßigungen der Preise angepaßt haben. Die Folgen dieser Zuspitzung der Produktions- und Absatzkrise waren Stillegungen und Betriebseinschränkungen und Zahlungseinstellungen gerade der großen Firmen von internationalem Rang.

Wenn die Katastrophe die polnische Textilindustrie jetzt in voller Schwere trifft, so ist sie daran nicht ganz schuldlos. **Es hat sich die Kurzsichtigkeit ihrer Politik gerächt, die aus den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit dem Kriege nicht die einzig richtige Konsequenz zog und sich auf den verengten polnischen Inlandsmarkt einstellte,** sondern sich immer wieder in die Hoffnung wiegte, es werde schließlich gelingen, durch forcierten Dumpingexport einen Ersatz für den Entfall des russischen Absatzmarktes zu finden. Dabei hat sich die interessante Erscheinung gezeigt — nicht nur in Polen, sondern auch in der Textilindustrie anderer Länder — **daß gerade die großen Unternehmungen der Krise zum Opfer gefallen sind, während die Mittel- und Kleinindustrie sich als relativ krisenfest erwiesen hat.** Bei ihnen wirken sich aber Verluste bei Schlüssen, Außenständen, die Entwertungen der Lager usw. nicht so nachteilig aus.

Die Aussichten für die Zukunft sind geradezu trostlos. Denn die Krisenursachen dauern in ihrer ganzen Wucht an: Notlage der Landwirtschaft, zunehmende hohe Arbeitslosenziffern, andauernd ungünstige Wirtschaftslage, sowie die Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten im Auslande infolge der fortschreitenden Absperrung der Absatzmärkte. Bisher deutet noch kein Anzeichen darauf hin, daß die Kaufkraft des Inlandes in absehbarer Zeit zunehmen werde. Im Auslande aber erhebt sich angesichts der neuen Absperrungsmaßnahmen drohend das Gespenst einer neuerlichen Verengung des Absatzmarktes. Scharf rächt sich heute die Erweiterung von Betrieben, in einer Zeit, in der man die nationale Industrie ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Vorbedingungen hochzüchten wollte und das Nationalisierungsfieber vorwärts treiben ließ, während der Konsum völlig versagte. Die Verschuldnug der einzelnen Unternehmungen ist, wie das Beispiel der Scheibler & Grohmann-Werke zeigt, eine gewaltige (allein an die Staatliche Landeswirtschaftsbank 2½ Mill. Zloty) und die ausländischen Gläubiger, vor die Frage gestellt, neues Geld zum alten, schlechten zu werfen, ziehen es vor, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Da auf ein Wunder nicht zu hoffen ist, das die großen Betriebe aus den chaotischen Zuständen der gegenwärtigen Lage herausführt, wird die Lodzer Industrie durch das wirtschaftliche Weltbeben dieser Jahre **zu einer Aufgabe ihrer bisherigen Stellung im Rahmen der internationalen Industrie gezwungen. Eine Reihe der größten Betriebe sieht sich bereits zu schärfsten Restriktionen oder zu Einstellungen gezwungen.** Die anderen, die unter Anspannung aller Kräfte die Beschäftigung ihrer Anlagen noch aufrecht erhalten, werden sich in den kommenden Wintermonaten vor die Notlage gestellt sehen, ebenfalls auszusetzen. Von den anderthalb Tausend Fabrikschloten, die Lodz beherbergt, werden in der nächsten Zeit zumindest die Hälfte nicht mehr rauchen. **Lodz, vor dem Kriege ein gewaltiger industrieller Faktor, sinkt immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herab. Aus dem einst blühenden Zentrum wird ein Industriefriedhof.**

Dr. F. Seifter.

„Scheibler und Grohmann" A.-G. nimmt den Betrieb wieder auf. Wie aus Lodz berichtet wird, traf der neue Vorsitzende der Werke von „Scheibler und Grohmann", Gen. Maciszewski, der bisher Direktor der Landeswirtschaftsbank war, in Lodz ein. Am Sonnabend fanden Besprechungen statt, worin der Beschluß gefaßt wurde, den Betrieb bei Scheibler und Grohmann am 19. Dezember wieder aufzunehmen. Zunächst soll die Spinnerei mit einer Belegschaft von 1500 Arbeitern in Betrieb gesetzt werden. Am 27. Dezember dürften die technischen Vorarbeiten so weit sein, daß der Gesamtbetrieb wieder normal aufgenommen werden kann.

Errichtung eines Verkaufsbureaus der polnischen Möbelindustrie? Vor kurzem fand in Krakau eine Sitzung des Verbandes der polnischen Bugmöbelfabrikanten statt, in welcher die Frage der Schaffung eines Verkaufsbureaus für Bugmöbel in Warschau zur Erörterung stand. Für die zweite Hälfte des Dezember ist eine Tagung sämtlicher Bugmöbelfabrikanten Polens nach Warschau einberufen worden, auf der die Richtlinien für eine Preisverständigung und für die Errichtung des erwähnten Verkaufsbureaus für gebogene Möbel endgültig festgelegt werden sollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geringes Gesamtvolumen des polnischen Außenhandels.

21,9 Millionen Ausfuhr-Überschuß im November.

Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht jetzt für das Gebiet der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig die Ziffern über die Gestaltung des polnischen Außenhandels im Monat November dieses Jahres. Dieser Berechnung zufolge betrug die Ausfuhr Polens 1 335 654 Tonnen im Werte von 98 605 000 Zloty, die Einfuhr belief sich auf 182 634 Tonnen im Werte von 76 713 000 Zloty. Ein Vergleich mit dem Jahre 1931 ergibt einen ungeheueren Rückgang des Gesamtvolumens des polnischen Außenhandels sowohl nach der Richtung der mengenmäßigen wie der wertmäßigen Berechnung. So wurden im November vorigen Jahres, das gleichfalls unter den internationalen Krisenerscheinungen stark zu leiden hatte, 1 741 876 Tonnen Waren im Gesamtwerte von 156 172 000 Zloty ausgeführt. Nicht so stark vermindert hat sich die Einfuhr, die im November vorigen Jahres 206 941 Tonnen im Warenwerte von 100 634 000 Zloty betrug.

Der Ausfuhr-Überschuß im November dieses Jahres beträgt 21 892 000 Zloty. Der wertmäßige Rückgang im Vergleich zum Oktober dieses Jahres ist nicht bedeutend. Interessant bleibt trotzdem wieder der Vergleich mit dem Vorjahre, nach welchem im November vorigen Jahres ein Ausfuhr-Überschuß von 23,6 Millionen Zloty erzielt worden ist. Absolut genommen würde der diesjährige Ausfuhrüberschuß im November nur um 1,7 Million Zloty geringer sein. Es ergeben sich hieraus interessante Folgerungen angesichts der Tatsache, daß das Gesamtvolumen des polnischen Außenhandels um ca. 30 Prozent im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres zurückgegangen ist.

Im Vergleich zum Oktober dieses Jahres ist die Ausfuhr wertmäßig um 2,2 Millionen Zloty gestiegen, die Einfuhr um 3,3 Millionen Zloty. Erhöht hat sich die Ausfuhr von Kohle um 1,5, von Zucker um 1,3, Wollgarnen um 1,1, Holzmaterialien um 0,9, Ölsamen und Gräsern um 0,9, Schienen, Eisen und Stahl um 0,6, Futtermittel um 0,4 Millionen Zloty. Verringert hat sich die Ausfuhr für Bacon um 2,5 Millionen Zloty, für Kunstdüngemittel um 0,9, Eier um 0,6, Zink um 0,4 Millionen Zloty. Vergrößert hat sich die Einfuhr um 4,7 Millionen Zloty, Ölsamen um 1,7, Heringen um 1,5, Baumwollgarnen um 0,4 Millionen Zloty. Einen Rückgang weist die Einfuhr auf für Wolle und Abfälle um 1,5, für Wollkammgarne um 1,5, für Rohfelle um 1,0, für Baumwolle und Abfälle um 0,9, für Pelzwaren um 0,6 und für Kunstdüngemittel um 5 Millionen Zloty.

Gefahren für den Waldbestand in Pommerellen. Aus Pommerellen laufen in letzter Zeit immer häufiger Meldungen über die Gefährdung des Waldbestandes ein. Die durch Eulenfraß und sonstige Schädlinge in Mitleidenschaft gezogenen Waldgebiete umfassen bereits einen Komplex von 60 000 Hektar, wobei ungefähr 10 000 Hektar durch Eulenfraß vollständig vernichtet sind. Nach den bisherigen Feststellungen wird befürchtet, daß im nächsten Jahr bereits die doppelte Waldfläche der Vernichtung durch Forstschädlinge anheimgefallen sein wird.

Ein neues Textilkartell in Polen? Wie die Pressagentur PID berichtet, finden in Warschau Besprechungen über die Schaffung eines Kunstseidenkartells statt, an denen französische, belgische und englische Kapitalisten, die die Mehrheit der Aktien der in Polen bestehenden Kunstseidenfabriken besitzen, teilnehmen. Die größten Fabriken des Landes sollen bereits ihren Beitritt zum Kartell erklärt haben.

Firmennachrichten.

Graudenz. Zahlungsaufschub beantragt hat die Firma S. J. Kiewe, Towarzystwo Komanditowe, Altestraße (Stara) 6. Prüfungstermin 29. Dezember 1932, vormittags 10 Uhr, auf dem Burggericht, Zimmer Nr. 2.

Stargard (Starogard). In Sachen des Konkursverfahrens der Firma „Karpenkiel i Dyck", Sp. Handl., Termin auf 4. Januar 1933, um 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 11.

Berent (Kościerzyna). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen des Kaufmanns Menard wird am 4. Januar 1933, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 13, ein Termin anberaumt.

v. **Berent** (Kościerzyna). Zahlungsaufschub hat der Kaufmann Józef Klemens Lniski, Inhaber der Firma Klemens Lniski, Eisengeschäft in Berent, beantragt. Beratungstermin am 19. Januar 1933, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 13.

Posen (Poznań). Konkursverfahren über das Vermögen der „Hurtownia Olejów Skalnych L. Ruciński i St. Jankowski", Posen, Aleje Marcinkowskiego 7, eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Mieczysław Zaidlewicz. Termine: am 20. Dezember 1932, 11 Uhr, und am 27. Januar 1933, 11 Uhr, im Burggericht.

Posen (Poznań). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Fa. „Poznańska Spółka Drzewna", Tow. Akc., Posen, ist ein Termin für den 22. Dezember 1932, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 29, anberaumt.

Posen (Poznań). Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. „Bracia Lebkowscy, Wielkopolski Import Herbaty", Posen Chełmońskiego 23. Konkursverwalter: Sylvester Stachowiak. Termine: am 20. Dezember, 10 Uhr, und am 14. Januar 1933, 10 Uhr, im Burggericht.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 12. Dezember auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Zloty am 10. Dezember. Danzig: Ueberweisung 57,63 bis 57,75, bar 57,65—57,77, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30, Prag: Ueberweisung 377⅝—379⅝, Paris: Ueberweisung 287,00, Zürich: Ueberweisung 58,30, London: Ueberweisung 28,87.

Warschauer Börse vom 10. Dezbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,70, 124,01 — 123,39, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland *), 359,70 — 357,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London **), 29,17 — 28,88, Newyork 8,925, 8,945 — 8,905, Oslo —, Paris 34,85, 34,95 — 34,76, Prag 26,42, 26,48 — 26,36, Riga —, Sofia —, Stockholm 158,00, 158,79 — 157,21, Schweiz 171,75, 172,18 — 171,32, Tallin —, Wien —, Italien 45,75, 45,97 — 45,53.

*) Holland 358,75—358,65.

**) London Umsätze 29,00—29,05.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,20.

Berlin, 10. Dezember. Amtl. Devisenkurse. Newyork 4,20—4,22, London 13,64—13,70, Holland 168,68—169,54, Norwegen 70,26—70,54, Schweden 74,40—74,70, Belgien 58,12—58,36, Italien 21,49—21,57, Frankreich 16,39—16,45, Schweiz 80,74—81,06, Prag 12,37—12,43, Wien —,—, Danzig 81,47—81,79, Warschau 46,90—47,30.

Züricher Börse vom 10. Dezember. (Amtlich.) Warschau 58,30, Paris 20,30, London 16,89, Newyork 5,20, Brüssel 72,00, Italien 26,63, Spanien 42,42½, Amsterdam 208,90, Berlin 123,60, Stockholm 92,40, Oslo 87,00, Kopenhagen 87,50, Sofia 3,76¼, Prag 15,41, Belgrad 6,95, Athen 2,87, Konstantinopel 2,51, Bukarest 3,08½, Helsingfors 7,40, Buenos Aires 1,09, Japan 1,05.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,90 Zł., do. kl. Scheine 8,88 Zł., 1 Pfd. Sterling 28,71 Zł., 100 Schweizer Franken 171,07 Zł., 100 franz. Franken 34,71 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,62 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 10. Dezember. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 40 G., 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1926 92 +, 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 48—48,50 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 52,50 +, 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 8,00 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 38 G., Bank Polski 87,50 +. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Dezember. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	75 to	13,90
	20 to	13,70

Richtpreise:

Weizen	20.25—21.25	Sommerwicke	—.—
Roggen	13.60—13.80	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	12.50—13.00	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68—69 kg	13.00—13.75	Raps	44.00—45.00
Braugerste	14.50—16.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	10.75—11.00	Senf	36.00—42.00
Roggenmehl (65%)	20.50—21.50	Blauer Mohn	103.00-113.00
Weizenmehl (65%)	32.50—34.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	7.50—8.50	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	8.50—9.50	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	7.50—7.75	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	40.00—45.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	20.00—23.00		
Folgererbsen	31.00—34.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 60 to, Weizen 115 to, Gerste 60 to, Hafer 40 to, Roggenkleie 75 to, Fabrikkartoffeln 150 to, Sonnenblumenkuchen 5 to, Trockenschnitzel 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Weizen ruhig, für Roggen, Brau- und Mahlgerste, Hafer Roggen- und Weizenmehl schwach.

Berliner Produktenbericht vom 10. Dezember. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 190,00—192,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 153,00 bis 155,00, Braugerste 169,00—179,00, Futter- und Industriegerste 160,00—167,00, Hafer, märk. 119,00—124,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 24,00—26,70, Roggenmehl 19,60—21,80, Weizenkleie 9,30—9,60, Roggenkleie 8,70—9,00, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—26,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—22,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluschken 13,00—15,00, Ackerbohnen 13,50—15,50, Wicken 14,00—16,00, Lupinen, blaue 9,00—11,00, Lupinen, gelbe 12,00—13,50, Serradella 18,00—25,00, Leinkuchen 10,00—10,10, Trockenschnitzel 8,80, Soya-Extraktionsschrot 9,90, Kartoffelflocken —,—.

Materialienmarkt.

Rohledernotierungen. Bromberg, 10. Dezember. Großhandelspreise pro Stück in Zloty: Kalbfelle 2,50—3, Roßfelle 8—12, Ziegenfelle 3,50, Rehfelle (Sommerfelle) 1,00, (Winterfelle) 0,40, trockene Schaffelle pro 1 Kg. 1,00, gesalzene 0,70, Kaninchenfelle 0,70, Fuchsfelle 10—12 pro Stück, **Rinderfelle 10—12.**